



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 161 Juli/1 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

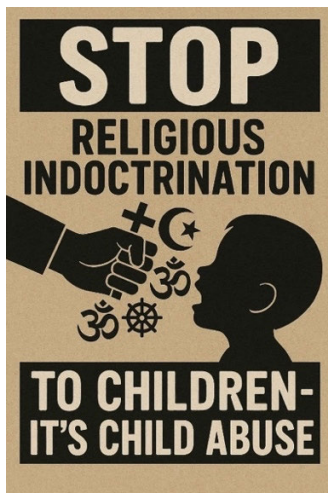
=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

**Stoppt die religiöse Indoktrination von Kindern –
Es ist Kindesmissbrauch!**



Erklärend hierzu ein Auszug aus dem FIGU-Zeichen Nr. 135

Frage 12. Warum glauben noch heute so viele Dumme an die Lügengeschichten usw. ...

Antwort: Das Unbekannte, Phantastische, Unerklärbare, Neuartige und Futuristische war schon seit alters her ein Zugmagnet für die Menschen, und so ist es bis heute geblieben. Auch wird dieses Phänomen noch lange so bleiben, denn solange die Menschen sich durch Indoktrination zu einer Gläubigkeit und gläubigen Hörigkeit verführen lassen, nicht selbst denken, sich nicht selbst entscheiden, nicht ohne äussere Beeinflussung wahrheitliche eigene Entscheidungen treffen, so lange bleibt alles bei dem, wie es seit jeher ist. Wenn sich die Menschen wie eh und je weiterhin nicht bemühen, eigene Meinungen zu schaffen und sich nicht eigens nach ureigenem Verstand und Vernunft zu entwickeln, sich nicht persönlich-eigene rechtschaffene Verhaltensweisen aneignen, so lange werden sie in ihrer eigenen Dummheit vergammeln. Und dies wird so bleiben wie seit jeher sowohl durch die religiöse und durch jede andere Gläubigkeit. Und dies ist so, weil jeder Glaube zur blinden Hörigkeit führt, fern jeder Wirklichkeit und Wahrheit, weil jeder Glaube jeder Art auf Lügen und Betrugerei aufgebaut ist, wobei der religiöse Glaube als nahezu rettungsloser Wahn an der Spitze der Front von allem Bösen steht. ...

Quelle: https://www.figu.org/ch/files/downloads/zeitzeichen/figu_zeitzeichen_135.pdf

Gipfel der Schleimerei

Zu dem, was der NATO-Gipfel in Den Haag bedeutet, hat NATO-Generalsekretär Mark Rutte in einer Ergebnissadresse an US-Präsident Trump alles gesagt: **«Herr Präsident, lieber Donald, ich gratuliere Dir und danke Dir für Dein entschlossenes Handeln im Iran, das wirklich aussergewöhnlich war ... Heute Abend fliegst Du zu einem weiteren grossen Erfolg in Den Haag. Es war nicht einfach, aber wir haben sie alle dazu gebracht, sich zu den fünf Prozent zu verpflichten! Donald, Du hast uns zu einem wirklich, wirklich wichtigen Moment für Amerika, Europa und die Welt geführt. ... Europa wird auf GROSSE Art und Weise Geld ausgeben, so wie es sein sollte, und das wird Dein Sieg sein ...»**

Offiziell kommentieren viele Journalisten, es gehe darum, die USA und Trump in der NATO zu halten und sicherzustellen, dass im Falle des Angriffs Russlands die USA den Europäern beistehen.

Das Problem dieser inkompetenten Schmeichler ist, sie kennen noch nicht einmal den NATO-Vertrag, denn sonst müssten sie wissen, dass die USA längst aus diesem ausgetreten sind.

Artikel 1 des NATO-Vertrags bekräftigt den Grundsatz der friedlichen Streitbeilegung: «Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.»



Gewaltandrohung und Gewaltanwendung sind die Grundlagen der US-Aussenpolitik seit Jahrzehnten.

Auch den vielbeschworenen Artikel 5 haben die Schmeichler nie gelesen: «Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.»

Wer Artikel 5 lesen kann, wird erkennen, dass jede Partei völlig frei ist in der Entscheidung, ob sie zu militärischen Massnahmen greift oder nicht. Seit Jahrzehnten wissen in der Aussenpolitik Kundige, dass der Atomschild der USA nur auf dem Papier steht, weil kein US-Präsident die Zerstörung New Yorks, Washingtons oder San Franciscos riskieren würde, um die Zerstörung europäischer Städte zu verhindern.

Der NATO-Gipfel in Den Haag hat mit Geostrategie und Sicherheitspolitik nichts zu tun. Die Vasallen müssen den Gessler-Hut grüssen und der US-Rüstungsindustrie ihren Tribut entrichten. Am eifrigsten sind die deutschen Musterschüler, angeführt von Merz und Pistorius, die führenden Köpfe des neuen deutschen Militarismus, der unsere Politik in Zukunft prägen wird.

PS: Vier Monate nach der Bundestagswahl wird an diesem Donnerstag im Bundestag endlich der Wahlprüfungsausschuss eingesetzt, der sich mit der Wahlbeschwerde des BSW befassen soll, dass in Wahrheit die 5 Prozent überschritten hat. Alle spielen auf Zeit, die Verfassungsorgane versagen. Das BSW, die einzige Partei gegen Krieg und Aufrüstung (auch Die LINKE hat im Bundesrat dem Wahnsinn zugestimmt) – wird rechtswidrig aus dem Bundestag ferngehalten. Kriegskanzler Merz hat keine Mehrheit.



Quelle: <https://www.facebook.com/oskarlafontaine>, 25. Juni 2025

“

Zitat des Tages

Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg [...] Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt. [...] Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.

- Hermann Göring, Nazi-Verbrecher

”

Quelle: de.sott.net, 1.7.2025

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

26.6.2025



Noch immer sind Insekten als Plagen gefürchtet. Die Menschheit sollte sich aber zunehmend Sorgen um ihr Verschwinden machen. © Cockroach Facts/Flickr

Insekten verschwinden rasant – auch in Schutzgebieten **Selbst in üppigen tropischen Wäldern nimmt die Zahl der Insekten ab– und damit auch die der Vögel und Reptilien.**

Daniela Gschweng

Ihm bleibe nichts anderes, als den Verlust zu beklagen, sagt Daniel Janzen, das sei mittlerweile seine Hauptrolle neben seinem Beruf als Evolutionsbiologe. Der Wissenschaftler beobachtet die Insekten an seinem Wohnort in Costa Rica schon sein ganzes Leben lang. Heute mag er sie kaum mehr zählen. Auch andere Wissenschaftler würden am liebsten gar nicht mehr hinsehen.

Sogar in abgelegenen, geschützten Gegenden wie dem Schutzgebiet, in dem Janzen lebt, geht die Zahl der Insekten dramatisch zurück. Der Grund: Die Klimakrise verstärkt andere menschliche Einflüsse, die Insekten ohnehin das Leben schwer machen. Sie beeinflusst die jahreszeitlichen Schwankungen und macht sie teilweise unberechenbar. Wissenschaftler warnen vor dem Kollaps ganzer Nahrungsketten.

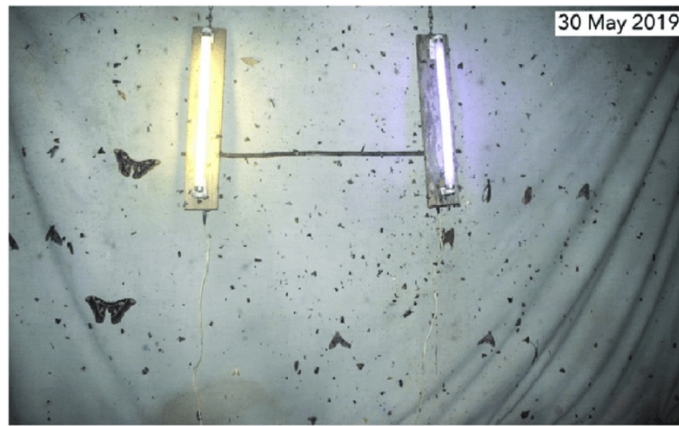
Auf den ersten Blick wuselndes Leben

Oberflächlich betrachtet grünt und wuselt es noch immer im Nationalpark Guanacaste im Dschungel von Costa Rica, berichtet der «Guardian». Janzens Heim liegt in einem Gebiet, das weit von menschlicher Zivilisation entfernt und dicht bewachsen ist – ideal, um das Pflanzen- und Tierleben in den Tropen zu beobachten. 1978 stellte der Wissenschaftler zum ersten Mal eine Lichtfalle auf, bestehend aus einem Leintuch und einer Kamera. Lichtfallen sind eine in der Wissenschaft gebräuchliche Art, Insekten zu zählen. In der Station gab es jeden Abend für zwei Stunden Strom. Die Hauswand der Forschungsstation, die währenddessen von einer 25-Watt-Birne angestrahlt wurde, war jeden Abend voller Insekten. «Zehntausende», sagt Janzen. Auf den Fotos sah man das Leintuch kaum mehr. Andere Forschende identifizierten darauf 3000 Insektenarten.

Selbst im Tropenwald ist es stiller geworden

Über die Jahre wiederholte Janzen seinen Versuch. Inzwischen ist er 86 und lebt mit seiner Frau, der Tropenökologin Winnifred Hallwachs, noch immer im Nationalpark, der damals La Rosa hiess und heute Guanacaste heisst.

Heute lassen sich nur noch einige wenige Motten im Lichtkegel nieder. Das Insektensterben ist in Costa Rica angekommen. Hallwachs und Janzen bemerken, wie es stiller wird, weil es nicht mehr überall summt. Sie sehen dass die Insekten nun weniger Spuren hinterlassen. Unbeschädigte Blätter, die früher bis zum Stiel abgefressen waren, beispielsweise.



Einst war alles schwarz von Insekten – eine von Daniel Janzen und Winnie Hallwachs 2019 aufgestellte Lichtfalle. © Janzen/The Guardian

Insektensterben weltweit

«In den Teilen Costa Ricas, die stark von Pestiziden betroffen sind, sind die Insekten völlig ausgerottet», sagt Hallwachs zum «Guardian». «Aber was wir hier in den geschützten Gebieten sehen – die, soweit wir das beurteilen können, sogar frei von zerstörerischen Insektiziden und Pestiziden sind – selbst hier geht die Zahl der Insekten erschreckend und dramatisch zurück.»

Weltweit geht die Insektenbiomasse jährlich um 1 bis 2,5 Prozent zurück. Das ist eine konservative Schätzung – einige Forschende nennen Zahlen von bis zu zehn Prozent.

Wer den Zinseszins-Effekt kennt, kann ausrechnen, dass es spätestens 2047 nur noch die Hälfte des Insektenreichtums von 1978 geben wird – dem Jahr, in dem Janzen seine Messungen begann. Das heisst, falls sich das Insektensterben nicht beschleunigt und es bei 1 bis 2,5 Prozent bleibt. Danach sieht es aber nicht aus. Nach einer Schätzung des Weltbiodiversitätsrat IPBES ist ein Zehntel aller Insektenarten bedroht.

Bekannte Gründe: Pestizide und Habitatverlust

Flächendeckende Untersuchungen gibt es nicht. Forschung konzentriert sich oft auf einzelne, besser sichtbare Arten wie die amerikanischen Monarchfalter. Seit Beginn des Jahrhunderts ist ihre Anzahl um mehr als ein Fünftel zurückgegangen, bei anderen Schmetterlingsarten ist der Rückgang teilweise noch drastischer. Nach einer Übersichtsstudie von 2018 nimmt die Population von 41 Prozent der Insektenarten weltweit ab, ein Drittel galt 2018 als vom Aussterben bedroht.

Zählungen aus Schutzgebieten in Deutschland, die 2017 veröffentlicht wurden, legen nahe, dass die Zahl der Fluginsekten in weniger als 30 Jahren mindestens um drei Viertel (75 Prozent) abgenommen hat. In den USA wurden über einen Zeitraum von 45 Jahren 63 Prozent weniger Käfer gezählt. Auch Costa Rica ist stark betroffen: Die Insektenmasse sei dort seit den 1970er-Jahren auf einen Sechzigstel zurückgegangen, schreibt der «Guardian».

Bisher waren die Gründe meist in der Nähe zu finden, in Form von Lichtverschmutzung zum Beispiel. Pestizide und Düngemittel sowie der Platzbedarf der industriellen Landwirtschaft haben den Lebensraum von Insekten verkleinert. Zahl und Artenvielfalt nahmen ab. Was die beiden Forschenden in Costa Rica beobachteten, war jedoch neu: ein deutlicher Einbruch der Insektenpopulation in einem abgelegenen Gebiet.

Neue Probleme: Die Klimakrise und das Wasserproblem

Hauptgrund dafür ist die Klimakrise, stimmen Wissenschaftler:innen weltweit grösstenteils überein. Ein Ökosystem sei wie eine Schweizer Uhr, erklärt Hallwachs. Jedes Detail trage zum Funktionieren bei: die Temperatur, die Luftfeuchtigkeit, das Wachstum der Pflanzen. Vor allem Beginn und Ende der Jahreszeiten hätten einen grossen Einfluss auf das Gesamtsystem. Genau diese aber verschieben sich.

Seit 1963 habe sich die Trockenzeit in der Gegend von vier auf sechs Monate verlängert. Damit kämen viele Insekten nicht mehr zurecht. «Insekten können kein Wasser halten», erklärt David Wagner, ein Wissenschaftler aus den USA. Sie haben keine Lungen, sondern sogenannte Spirakel – kleine Atemöffnungen auf der gesamten Körperoberfläche, die die Atmung gewährleisten. Schon eine Dürre, die nur wenige Tage andauere, könne Millionen Insekten töten.

«Wir befinden uns an einem neuen Punkt in der Geschichte. Ich denke, dass der Klimawandel andere Einflüsse [auf Insekten] jetzt bei weitem übertrifft.»

David Wagner, US-Evolutionsbiologe

Bis vor fünf Jahren sei der Verlust von Lebensräumen das grösste Problem für Insekten gewesen. Nun habe das sich verändernde Klima andere menschliche Einflüsse deutlich überholt – eine historische Veränderung.

Auch andere Tierarten gehen zurück

«Ich komme gerade aus Texas zurück, und es war die erfolgloseste Forschungsreise, die ich je unternommen habe», erzählt Wagner den Journalistinnen und Journalisten. Dort gebe es «einfach kein nennenswertes Insektenleben mehr». Es habe kaum noch Eidechsen, und er habe während seines Ausflugs keine einzige Schlange gesehen.

Das trifft auch anderswo zu: In einem Waldgebiet in Panama hat sich der Bestand der meisten Vogelarten seit den 1970er-Jahren halbiert. Den USA fehlen seither etwa drei Milliarden Vögel, 2,9 Milliarden davon ernährten sich von Insekten. Ähnliches berichteten Forschende aus Brasilien und Ecuador, schreibt der «Guardian».

Im Urwald von Puerto Rico gibt es weniger Frösche, Eidechsen und Vögel. Janzen erzählt dazu eine traurige Geschichte: Hinter seinem Haus in Costa Rica lebt eine Kolonie von Fledermäusen, die sich von Nektar ernähren. Aber die Blumen, von denen sie abhängig seien, blühten nun nicht mehr. In nur fünf Tagen habe er drei tote, abgemagerte Fledermäuse gefunden.

Die ganze Nahrungskette steht auf dem Spiel

«Wir sprechen davon, dass fast die Hälfte des Lebensbaums in einem einzigen Menschenleben verschwindet. Das ist absolut katastrophal», sagt er. Wagner ist etwas optimistischer: «Ich glaube, dass wir eine nachhaltige Zukunft aufbauen werden», sagt er. Das werde aber «30 oder 40 Jahre» dauern. Für viele Lebewesen sei es dann zu spät. In seinem letzten Lebensjahrzehnt wolle er dennoch alles tun, um die letzten Tage vieler dieser Lebewesen zu dokumentieren.

Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler täten auch das nicht mehr, sagt Hallwachs. «Einer unserer sehr guten Freunde hat nicht mehr den Mut, nachts ein Tuch aufzuhängen, um Motten zu sammeln», sagt sie. Es sei zu frustrierend für ihn, zu sehen, wie wenige es seien.

Spahns «Maskenskandal-Ablenkungsmanöver» – Forderung von Atomwaffen für Deutschland

Von ELA, Juli 1, 2025



Jetzt will er es den Russen zeigen: Erziehungswindel runter, Atombomben her.

Unions-Fraktionschef Jens Spahn schlägt nun «künstlichen» Alarm, um offenbar ein wenig «holprig» von der immer «prekären» werdenden Situation im Zusammenhang mit der Aufarbeitung «seines Maskenskandals» abzulenken.

Angesichts der laut Narrativ, wachsenden Gefahr aus Russland fordert der CDU-Politiker nun, Deutschland solle direkten Zugriff auf Atomwaffen bekommen.

Russische Aggression als Bedrohungslage und Rechtfertigung

«Die russische Aggression ist eine ganz neue Bedrohungslage. Europa muss abschreckungsfähig werden», erklärte Spahn gegenüber dem Springer-Blatt WELT am SONNTAG.

Es lagern zwar amerikanische Atombomben in Deutschland, doch das reicht Spahn eben genau wie die völlig überzogene Zahl an seinerzeitigen Maskenbestellungen, offenbar nicht.

Der CDU-Politiker fordert deshalb, Teilhaben an den Atomwaffen Frankreichs und Grossbritanniens, wie auch die Bild berichtet hatte. Oder aber gleich einen eigenen europäischen Atomschirm, ganz nach «CDU-Geschmack». Das werde allerdings viel Geld kosten, was ja erfahrungsgemäss weder Spahn noch seine Par-

teikollegen in irgendeiner Weise abzuschrecken scheint, ganz im Gegenteil. «Aber wer Schutz will, muss ihn eben auch finanzieren», erklärte Spahn dazu lapidar.

Deutschland als Atommacht ist also für Spahn absolut kein Problem, obwohl er freilich wissen sollte, dass dieses Thema wohl heikel ist, denn nicht zuletzt ist die Angst vor Atomwaffen in Deutschland tief verankert.

In Zeiten wie diesen ist alles möglich

Spahn will Jedoch diese Debatte nun lostreten, auch wenn dieses «Ablenkungsmanöver» recht leicht durchschaubar ist, in Zeiten wie diesen ist eben alles möglich. «Wer nicht nuklear abschrecken kann, wird zum Spielball der Weltpolitik», warnt er diesbezüglich. Er bringt dazu sogar eine rotierende Zuständigkeit für Atomwaffen in Europa ins Spiel. Zufallsprinzip, damit Feinde nie wissen, wer den Knopf hat.

Auch mit der NATO geht Spahn hart ins Gericht, besonders mit Spanien. Das Land hatte sich geweigert, wie vereinbart 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben. Spahn dazu, «wenn wir uns im nordatlantischen Bündnis gegenseitig versprechen, uns gemeinsam zu schützen, müssen alle den dafür nötigen Beitrag erbringen. Daher erwarte ich das auch von Spanien.» Er mahnte, ganz auf Kriegsrhetorik «Seines Kanzlers» eingeschworen, alle sollten zur Verteidigung bereit sein, «wir Deutsche sollten uns an den Gedanken gewöhnen, dass wir gefordert sind, wenn NATO-Territorium angegriffen wird. Wir müssen im Ernstfall bereit sein, jeden Quadratmeter Litauens zu verteidigen.»

Mit Blick auf den Iran fordert der Unions-Fraktionschef jedoch, «man muss das iranische Regime generell daran hindern, sein Atomprogramm fortzusetzen.» Das gelte auch für zivile Anwendungen.

Quelle: <https://www.unser-mittleuropa.com/170858>

Die Vereinigten Staaten können den Iran nicht besiegen

Von William Schryver, Juli 1, 2025



Wie schnell wurde vergessen, dass die Vereinigten Staaten Anfang des Jahres zwei Flugzeugträger und ein halbes Dutzend B-2-Bomber (nebst weiterer USAF-Kapazitäten) entsandt haben, um die Jemeniten zu entwaffnen und das selektiv blockierte Rote Meer wieder zu öffnen.

Sie sind gescheitert. Abgründig. Zum zweiten Mal.

Zunächst, im Jahr 2024, versuchten es die USS Brave Sir Robin (CVN-69), die USS Teddy Bear (CVN-71) und die USS Fraidy Abe (CVN-72) – nur um schliesslich mit eingeklemmtem Schwanz den Rückzug anzutreten. Die Brave Sir Robin liess dabei sogar eine F/A-18 auf dem Meeresgrund zurück.

Es folgten die USS Trembling Puppy (CVN-75) und die USS Timid Vinny (CVN-70). Auch sie hatten kein besseres Schicksal: Die Trembling Puppy verlor während ihrer traumatischen Mission im nördlichen Roten Meer zwei weitere F/A-18-Kampfflugzeuge.

Die Jemeniten hingegen haben nicht nur die Zahl ihrer MQ-9 Reaper-Drohnen auf 23 erhöht, sondern auch F-35- und B-2-Bomber erfolgreich ins Visier genommen – so glaubwürdig, dass beide Plattformen aus Angst vor Abschuss kurzerhand aus dem Einsatzgebiet zurückgezogen wurden.

Vergessen Sie nicht: Der Jemen ist nur die unterste Stufe auf der Eskalationsleiter der wirklich furchteinflösenden Gegner.

Jeder, der ernsthaft glaubt, dass die US-Marine in den Gewässern rund um den Iran operieren kann, lebt in einer Illusion.

Selbst wenn dabei keine Schiffe beschädigt oder versenkt würden, ginge den USA binnen weniger Wochen die Munition aus – und in Bahrain könnten sie diese ganz sicher nicht nachladen.

Was eine Luftkampagne betrifft ... nun, ich habe noch keinen überzeugenden Beweis gesehen, dass US-amerikanische oder israelische Flugzeuge im ersten Akt dieses Krieges in nennenswerter Zahl in den iranischen Luftraum eingedrungen sind. Daher bezweifle ich, dass die iranische Mittel- und Langstrecken-Luftabwehr überhaupt aktiviert wurde. Es gibt auch keinerlei glaubwürdige Hinweise auf eine Zerstörung von hochentwickelten iranischen Luftabwehrsystemen. Alles deutet vielmehr darauf hin, dass die Iraner israeli-

sche Kampfdrohnen mit Kurzstrecken-Flugabwehr bekämpft haben – und sie haben mehrere davon abgeschossen.

Die israelischen luftgestützten ballistischen Langstreckenraketen waren zwar offenbar effektiv – aber Israel hat davon einfach nicht viele, und als der Krieg in seine zweite Woche ging, sahen wir von Tag zu Tag weniger davon.

Wenn der zweite Akt dieses Krieges beginnt (und das wird bald geschehen), dann wird er mit ziemlicher Sicherheit ein tatsächliches Eindringen in den iranischen Luftraum umfassen. Und wir werden dann nicht nur die iranische Langstrecken-Luftabwehr in Aktion sehen – ich vermute stark, dass auch russische und/oder chinesische mobile Luftabwehrsysteme plötzlich auf dem Schlachtfeld auftauchen werden.

Diejenigen, die in ihren militärischen Berechnungen von einem Krieg USA gegen Iran noch immer von überwältigender amerikanischer Luftherrschaft ausgehen, werden feststellen, dass sich die Parameter ihrer Gleichungen radikal verändert haben. Russland und China werden nicht tatenlos zusehen, wie die USA ihren bedeutenden Partner im strategisch zentralen Südwestasien zerschlagen – nicht in dieser sich rasant herausbildenden multipolaren Weltordnung.

Und bedenken Sie: Die USA sind logistisch nicht in der Lage, eine hochintensive Luftkampagne länger als zwei bis drei Wochen aufrechtzuerhalten. Und sobald auch nur ein Dutzend bemannter US-Kampfflugzeuge abgeschossen und einige Schiffe schwer beschädigt werden, wird das in Washington eine derart überwältigende Schockwelle auslösen, dass es bis zu einem Staatsstreich oder etwas sehr Nahelegendem kommen könnte.

Quelle: The United States Cannot Defeat Iran

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-vereinigten-staaten-koennen-den-iran-nicht-besiegen/>

Vergessen Sie den Nahen Osten: In dieser Region könnte es als Nächstes eine grosse Krise geben

rt.com, Juni 30, 2025



vz.ru

Russland muss die Auswirkungen von Israels Kriegen beobachten – vor allem in seinem Hinterhof.

Von Timofey Bordachev, Programmdirektor des Valdai Clubs

Der Krieg im Nahen Osten stellt eine wachsende Bedrohung für Zentralasien dar. Wenn der Iran sein politisches System radikal verändert oder in innere Unruhen gerät, könnte sein Territorium zu einem Einfallstor für ausländische Infiltrationen in eine Region werden, die seit Langem als Teil Russlands strategischer Umlaufbahn gilt.

Jeder, der sich mit internationalen Angelegenheiten auskennt, weiss, dass Russlands wesentliches geopolitisches Merkmal das Fehlen natürlicher Grenzen ist. Selbst dort, wo es physische Barrieren gibt – etwa im Kaukasus –, lehrt die historische Erfahrung die Russen, sie als illusorisch zu betrachten. In diesem Zusammenhang wird Zentralasien traditionell als Teil Russlands erweitertem strategischen Raum gesehen. Bedrohungen für die Stabilität der Region gelten in Moskau nicht als weit entfernte Störungen, sondern als unmittelbare nationale Sicherheitsbedenken. Eine der zentralen aussenpolitischen Herausforderungen für Russland in den kommenden Jahren wird daher darin bestehen, zu bestimmen, wie weit es gehen muss, um die Verwirklichung solcher Bedrohungen zu verhindern.

Zum ersten Mal seit dem Zerfall der Sowjetunion könnte Zentralasien nun ernsthaft für destabilisierende Kräfte anfällig sein. Geografisch weit entfernt von den Konfliktzonen der Türkei, Syriens, des Irak und Israels, hat die Region bislang eine Phase relativer Ruhe genossen. Nur die Mongolei, die an das befreundete Russland und China grenzt, steht vielleicht noch besser da. Bislang war Zentralasien weitgehend isoliert – doch diese Isolierung ist nun bedroht.

Seit dem späten 19. Jahrhundert war Afghanistan das Hauptproblem. Die Gefahr ging jedoch selten vom afghanischen Staat aus, sondern vielmehr davon, dass das Land als Rückzugsraum für Extremisten diente, die es auf benachbarte postsowjetische Republiken abgesehen hatten. Russland und China hatten stets ein persönliches Interesse daran, ein Übergreifen zu verhindern – vor allem aus innenpolitischen Gründen. Beide Länder haben grosse muslimische Bevölkerungsgruppen und starke Anreize, islamistischen Radikalismus im Zaum zu halten. Genau dieses Eigeninteresse bildet die Grundlage für effektive Zusammenarbeit und Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen.

Doch dieses relativ stabile Bild beginnt zu bröckeln. Die gegenwärtige Politik Israels – getragen von einer Elite, die ihre Macht über ständige militärische Konfrontation sichert – hat Auswirkungen weit über den Nahen Osten hinaus. Die Eskalation seit Oktober 2023 hat einen offenen Konflikt zwischen Israel und dem Iran entfacht. In manchen israelischen Kreisen wird sogar bereits darüber diskutiert, die Türkei als Nächstes ins Visier zu nehmen, da sie zunehmend regionale Ambitionen entwickelt. Während viele arabische Nachbarn Israels lieber neutral bleiben möchten, wird diese Neutralität durch die Zuspitzung der Lage zunehmend unhaltbar.

Diese Dynamik wirkt sich nicht nur auf den Nahen Osten aus, sondern betrifft den gesamten eurasischen Raum. Die Möglichkeit, dass der Iran destabilisiert wird – sei es durch äusseren Druck oder durch inneren Zerfall –, sollte allen Sorgen bereiten, denen die Stabilität Eurasiens am Herzen liegt. Der Iran ist ein zentraler Akteur im geopolitischen Gleichgewicht der Region. Sein Absturz ins Chaos würde ihn zur Startrampe für ausländische Einmischungen machen, die sich über Zentralasien hinweg gegen Russland und China richten könnten.

Russland muss sich daher auf alle Szenarien vorbereiten. Bisher hat sich der Iran als widerstandsfähig erwiesen. Die Führung bleibt stabil, die Bevölkerung weitgehend patriotisch. Doch tiefgreifende Veränderungen lassen sich nicht ausschliessen. Sollte der Iran kollabieren, entstünde ein Sicherheitsvakuum, das Zentralasien Akteuren aussetzt, die die Region nicht als Ziel, sondern als Hebel gegen Moskau und Peking betrachten.

Es muss betont werden: Zentralasien ist für den Westen bei Weitem nicht so bedeutsam wie für Russland oder China. Mit weniger als 90 Millionen Einwohnern ist die Region im Vergleich zu Ländern wie Iran oder Pakistan ein Zwerg. Auch wirtschaftlich bleibt sie hinter südostasiatischen Staaten wie Vietnam oder Indonesien zurück. Der Westen betrachtet die Region nicht als Partner, sondern als Ressourcegebiet, das insofern nützlich ist, als es Russland und China schwächen kann.

Falls der Iran ins Chaos stürzt, könnten ausländische Akteure sein Territorium nutzen, um dort Einfluss zu nehmen oder Zentralasien zu destabilisieren – ohne dabei selbst mit realen Konsequenzen rechnen zu müssen. Für Washington, Brüssel oder London sind Entwicklungen in der Region eher abstrakt – ein diplomatisches Spiel, nicht etwas, das man verteidigen müsste.

Neben diesen externen Gefahren gibt es auch interne Risiken. Israels aggressive Aussenpolitik provoziert, wenn sie weltweit ausgestrahlt wird, Ressentiments unter muslimischen Bevölkerungsgruppen. In Zentralasien, wo die Bindung an Russland und die sowjetische Vergangenheit stark ist, existiert ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl. Die Menschen sind keine passiven Zuschauer. Die wahrgenommene Ungerechtigkeit im Nahen Osten kann zur Radikalisierung führen und Teile der Bevölkerung für extremistische Botschaften empfänglich machen.

Die Regierungen Zentralasiens haben viel getan, um nicht zum Spielball globaler Machtpolitik zu werden. Die Gründung der «Zentralasiatischen Fünf» – einer Plattform für regionalen Dialog und Koordination – war ein bedeutender Schritt. Russland unterstützt diese Initiative, weil es die Rolle lokaler Akteure und regionaler Zusammenarbeit anerkennt.

Diese Staaten bauen mit Bedacht engere Beziehungen zu ihren Nachbarn auf, insbesondere zu China und Russland, während sie den neo-osmanischen Ambitionen der Türkei mit Vorsicht begegnen. Ankaras Streben nach einem «Grossen Turan» wird höflich, aber skeptisch betrachtet. Die wirtschaftlichen und militärischen Mittel der Türkei sind weiterhin begrenzt, und die führenden Politiker Zentralasiens wissen das.

Insgesamt ist die Aussenpolitik der Region pragmatisch. Sie strebt nach Flexibilität, ohne zentrale Verpflichtungen gegenüber strategischen Partnern wie Russland zu gefährden. Moskau hat keinen Grund, daran Anstoss zu nehmen. Doch selbst die beste Diplomatie kann diese Staaten nicht vor dem Chaos jenseits ihrer Grenzen schützen.

Russland muss realistisch sein. Es kann – und sollte – nicht allein die Verantwortung für die Verteidigung Zentralasiens übernehmen. Die Geschichte mahnt zur Vorsicht. Der Erste Weltkrieg ist ein warnendes Beispiel dafür, wie Russland sich in kostspielige Bündnisse verstrickte und schliesslich Instabilität und Zusammenbruch erntete. Moskau muss nun unmissverständlich klarmachen: Die Wahrung der Souveränität in Zentralasien ist Aufgabe der dortigen Regierungen. Russland bleibt ein Freund, Nachbar und verantwortungsvoller Partner – aber es wird seine Zukunft nicht für vage Versprechen oder unklare Verpflichtungen aufs Spiel setzen.

Im Zeitalter bröckelnder internationaler Normen und zunehmender roher Gewalt ist dieser nüchterne, ausgewogene Ansatz der einzige, der langfristig sowohl den regionalen Frieden als auch Russlands eigene Sicherheit gewährleisten kann.

Quelle: Forget the Middle East: This region could be next to see a major crisis

Quelle: <https://uncutnews.ch/vergessen-sie-den-nahen-osten-in-dieser-region-koennte-es-als-naechstes-eine-grosse-krise-geben/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
30.6.2025



Beim raschen Steigflug verbrennt das Triebwerk besonders viel Treibstoff. Militärjet F-16 bei einer Flugshow in Polen. © adamaq / Depositphotos

Kampffjets: 150 Liter Treibstoff pro Minute

Der Kraftstoffverbrauch von Militärflugzeugen ist gigantisch – aber in den Klimaabkommen sind solche Posten ausgeklammert.

Martina Frei

Ein Kampfflugzeug kann je nach Modell sechs bis acht Tonnen Treibstoff laden. Verbraucht ist er innerhalb von fünf Minuten, wenn der Pilot den Nachbrenner einschaltet.

Wie viel Treibstoff Militärflugzeuge genau verbrennen, ist top secret. Nur die Hersteller und diejenigen, die solche Flugzeuge fliegen, wissen darum – nicht aber diejenigen, welche zuerst die Kampffjets und das Flugbenzin bezahlen und nachher die dadurch verursachten Umweltschäden und den Wiederaufbau.

«Wir möchten nicht, dass jeder weiss, wie viel Treibstoff wir bei diesen Einsätzen verbrauchen», sagte Markus Rülke von der Abteilung für Umweltschutz im deutschen Verteidigungsministerium 2023 gegenüber «Reuters». Die Nachrichtenagentur schrieb damals vom «blinden Fleck» bei den weltweiten Bemühungen, klimaschädliche Treibhausgase zu reduzieren.

Laut den «Scientists for Global Responsibility» verursacht das Militär – vorsichtig geschätzt – weltweit 5,5 Prozent aller CO₂-Emissionen. Aktuelle Kriege und militärische Lieferketten sind da noch gar nicht eingerechnet (Infosperber berichtete).

63 Liter pro Minute – bei ruhigem Flug

«Sie werden keine zuverlässigen öffentlichen Informationen zum Kraftstoffverbrauch von Kampfflugzeugen finden», sagt Professor Dragan Kožulović von der Universität der deutschen Bundeswehr in München. Kožulović ist Spezialist für Flugantriebe und Turbomaschinen.

Die Website «flyajetfighter.com» liefert immerhin Anhaltspunkte:

- Ein «F-16 Fighting Falcon» verbrauche bei einem Routineflug in grosser Höhe – dort ist die Luft dünner und der Verbrauch darum bis zu 30 Prozent niedriger – etwa 3800 Liter Treibstoff pro Stunde. Bei Flugmanövern, die viel Schubkraft erfordern, verbrenne dieser Kampffjet stündlich über 9000 Liter.
- Beim französischen «Rafale» seien es rund 2500 Liter pro Stunde – und bis zu 9000 Liter, wenn der Pilot ein Kampfmanöver fliege.

- Der «F-22 Raptor» verbrenne pro Stunde durchschnittlich 5600 Liter Kerosin und im Extremfall über 8000 Liter.

Professor Dragan Kožulović hält diese Werte für plausibel. «Man muss aber wissen, dass die Piloten den Nachbrenner nur selten einschalten und wenn, dann meist höchstens für 10 bis 30 Sekunden, zum Beispiel, wenn sie sich in Sicherheit bringen müssen», sagt der Ingenieur.

Der «sehr durstige» F-35

Pro Liter Treibstoff entstehen etwa 3,15 Kilo erderwärmend wirkendes CO₂. Dazu kommen unter anderem Stickoxide und Kondensstreifen, die ebenfalls mehrheitlich klimaerwärmend wirken.

Für den Eurofighter, dessen Tank 6125 Liter fasst, nennt «flyajetfighter.com» einen Verbrauch von durchschnittlich 4500 Liter pro Stunde. Der Triebwerksspezialist von der Bundeswehrhochschule hält dies eher für zu hoch gegriffen.

Nicht genannt wird auf der Website der F-35, den nebst der Schweiz auch diverse andere europäische Länder kaufen und der laut Kožulović in der Branche als «sehr durstig» bekannt ist. «Er hat nicht die beste Aerodynamik und bietet mehr Luftwiderstand. Darum ist mehr Schubkraft nötig, was sich im Treibstoffverbrauch niederschlägt.»

Laut einer Studie, die das «Social Science Research Network» Ende Mai veröffentlichte, verbraucht der F-35 rund 40 Prozent mehr Kraftstoff als der F-16. Im Krieg gegen die Hamas und die Bevölkerung von Gaza setzt Israel laut der Studie sowohl F-16 (zum Bomben) als auch F-35-Kampffjets (für Patrouillen) ein.

Israel: Mindestens 57 Millionen Liter Flugbenzin in 120 Tagen verbrannt

Diese noch nicht von Gutachtern geprüfte Studie summiert die Umweltschäden, welche die Kriegsparteien und ihre Zulieferer allein in den ersten 15 Monaten des Gaza-Kriegs verursachten. In den ersten 120 Kriegstagen verbrachten demnach mehr als 200 israelischen Kampffjets etwa 15'900 Stunden in der Luft. Das ergebe – konservativ geschätzt – einen Verbrauch von 57 bis 143 Millionen Liter Treibstoff*.

Flugzeugmodell, Ladegewicht, Flughöhe, Geschwindigkeit, Temperatur, Wetter und vor allem schnelle Flugmanöver in Kampfsituationen beeinflussen den Treibstoffbedarf. Viel Kraftstoff benötigen Flieger beispielsweise beim Starten oder wenn sie in der Luft betankt werden, weil dies genaues Positionieren erfordert.

Ein voll beladener Jet könne laut «flyajetfighter.com» ein Fünftel mehr verbrauchen. Bei zweifacher Schallgeschwindigkeit vervierfacht sich der Verbrauch in etwa. «Wenn die Piloten mit Überschall fliegen, um zum Beispiel ein anderes Flugzeug abzufangen, ist nach circa zehn Minuten fertig», so Kožulović. Dann muss das Flugzeug wieder betankt werden.

Tankflotte über Syrien

Wegen ihres hohen Kraftstoffbedarfs können Kampffjets in der Regel höchstens ein bis zwei Stunden in der Luft bleiben bzw. maximal 1000 Kilometer hin- und wieder zurückfliegen – es sei denn, sie tragen zwei zusätzliche Tanks à ein bis zwei Tonnen Flugbenzin unter den Flügeln. Sind diese Tanks entleert, können sie notfalls abgeworfen werden wie Bomben.

«Kampfflugzeuge haben eine geringe Reichweite», sagt Kožulović und verweist auf den Einsatz der Nato in Ex-Jugoslawien. «Damals starteten die Flugzeuge in Italien. Bereits über der Adria mussten sie wieder nachtanken.»

Aufgrund der Distanz zwischen Israel und Iran mussten jüngst auch die israelischen Kampffjets «am Himmel über dem Nahen Osten» aufgetankt werden – insgesamt über 600-mal, wie die «Jerusalem Post» berichtete. Sie veröffentlichte ein vom Militär freigegebenes Video, auf dem der Vorgang zu sehen ist – nicht aber, wo genau er stattfand. Diese Luftbetankungseinsätze sind aus Sicht des israelischen Militärs «von entscheidender Bedeutung, weil damit die Luftüberlegenheit in der Region aufrechterhalten werden kann». Ein Betankungsflugzeug führe zehn Tonnen Treibstoff mit.

Klimaschäden durch Militär und Kriege geht nicht in die Bilanz ein

Zu den Kampf- und Kriegseinsätzen addieren sich erstens die Übungsstunden der Piloten.

Zweitens all die zivilen Flugzeuge, die im Hintergrund im Kriegseinsatz sind: Laut der erwähnten Studie lieferten allein die USA in den ersten 15 Monaten des Gaza-Kriegs 50'000 Tonnen Kriegsmaterial nach Israel. Dies geschah mit 507 Transportflügen und 107 Frachtschiff-Transporten.

Drittens sorgt der Krieg auch indirekt für mehr Umweltverschmutzung, weil die Passagierflugzeuge der Zivilluftfahrt das Kampfgebiet umfliegen müssen und so längere Strecken zurücklegen.

Dazu kommen die Umweltschäden durch flüchtende Menschen, Panzer, LKWs, Kriegsschiffe, Bomben, Brände, zerstörte Häuser, in die Luft gesprengte Gaspipelines und Atomanlagen, Minenräumung, Wiederaufbau ...

Was das alles mit dem Klima macht, kann Politikern und dem Militär trotzdem egal sein. Denn «im Pariser [Klima-] Abkommen von 2015 wurde den einzelnen Staaten überlassen, ob sie Angaben zu den CO₂-Emis-

sionen ihres Militärs machen», berichtet die Nachrichtenagentur «Pressenza». Daher würden die Regierungen entweder gar nichts dazu sagen, «oder sie bleiben vage und machen zu niedrige Angaben».



depositphotos.com

Israelische Soldaten erhalten Befehl, auf Hilfsbedürftige in Gaza zu schiessen

uncut-news.ch, Juni 30, 2025

Ärzte sagen, dass Hilfsgüterverteilungsstellen zu «Schlachthöfen» geworden sind

Kyle Anzalone

Israelische Soldaten berichten gegenüber Haaretz, dass sie den Befehl erhalten haben, auf verzweifelte Palästinenser zu schiessen, die versuchen, Hilfsgüterverteilungsstellen in Gaza zu erreichen. Im vergangenen Monat wurden über 550 Palästinenser getötet, als sie versuchten, Hilfsgüter zu erhalten.

«Israelische Soldaten in Gaza sagten gegenüber Haaretz, dass die Armee absichtlich auf Palästinenser in der Nähe von Hilfsgüterverteilungsstellen geschossen habe», erklärt die Zeitung. Gespräche mit Offizieren und Soldaten zeigen, dass Kommandeure den Truppen befahlen, auf Menschenmengen zu schiessen, um sie zu vertreiben oder zu zerstreuen, obwohl klar war, dass sie keine Gefahr darstellten.

Anfang dieser Woche berichtete das Gesundheitsministerium in Gaza, dass seit der Wiederaufnahme der Hilfsgüterverteilung durch Israel Ende Mai 549 Palästinenser getötet und über 4000 verletzt worden seien. Das israelische Militär hat sogar mit Drohnen und Panzern auf Palästinenser geschossen, die auf Hilfsgüter warteten.

Ein Soldat erklärte gegenüber Haaretz: «Es ist ein Schlachtfeld.» Er fügte hinzu, dass die israelischen Soldaten auf die Palästinenser geschossen hätten, obwohl diese keine Gefahr darstellten. Ein Offizier sagte gegenüber der Zeitung: «Es ist weder ethisch noch moralisch akzeptabel, dass Menschen unter Panzerbeschuss, Scharfschützen und Mörsergranaten eine [humanitäre Zone] erreichen oder nicht erreichen müssen.»

Ein Arzt in Gaza sagte gegenüber NBC News über die Hilfsstandorte in Gaza: «Es ist eine Todesfalle, es ist ein Schlachthaus.» Sie berichten, dass sie täglich Dutzende von Patienten aufnehmen, die in der Nähe der Hilfsstandorte verwundet wurden.

Haaretz berichtet, dass israelische Streitkräfte im vergangenen Monat mindestens 19mal das Feuer auf Palästinenser in der Nähe von Hilfsstandorten eröffnet haben. Soldaten sagten, dass auch einige von Tel Aviv unterstützte palästinensische Milizen auf Zivilisten geschossen hätten, darunter die mit dem IS verbundene Abu Shabab.

Am Donnerstag wurden mindestens 18 Palästinenser bei einem israelischen Luftangriff getötet, als sie versuchten, Hilfsgüter zu erhalten, die die Polizei in Gaza von Plünderern sichergestellt hatte.

Anfang März brach Tel Aviv einen Waffenstillstand und ein Geiselaustauschabkommen mit der Hamas, indem es alle Hilfslieferungen in den Gazastreifen unterband. Ende Mai begann Israel der in den USA ansässigen Gaza Humanitarian Foundation (GHF) zu erlauben, eine begrenzte Menge an Hilfsgütern in Gaza zu verteilen.

Menschenrechtsgruppen warnten, dass der Verteilungsplan der GHF unzureichend sei. In der vergangenen Woche starben Kinder an Unterversorgung. Am Donnerstag starben zwei Säuglinge im Al-Nassar-Krankenhaus in Khan Younis aufgrund von Milchpulvermangel.

Die USA haben kürzlich die Überweisung von 30 Millionen Dollar an die GHF genehmigt. Der Leiter der GHF, Rev. Johnny Moore, ist ein enger Verbündeter des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu.

Die Ärzte, die mit NBC News sprachen, sagten, dass die israelischen Hilfsbeschränkungen die Ursache für den Milchpulvermangel sind, der nun Babys in Gaza das Leben kostet.

Quelle: Israeli Soldiers Ordered to Fire on Aid-Seekers in Gaza

Übersetzung: antikrieg

Quelle: <https://uncutnews.ch/israelische-soldaten-erhalten-befehl-auf-hilfsbeduerftige-in-gaza-zu-schiessen/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
4.7.2025



Proteste im März 2025 in San Francisco gegen Korruption. Massenproteste blieben bis heute aus.

© sheila2002/Depositphotos

Korrupter Trump nutzt sein Amt zur masslosen Bereicherung So unverschämt wie Trump habe sich noch keine Präsidentenfamilie bereichert. Es sei «normal» geworden, staunt die «New York Times».

Red.

Der Präsident und seine Familie benutzen das Weisse Haus mehr als jeder andere Präsident zuvor, um sich persönlich zu bereichern. Was früher heftige Gegenreaktionen und offizielle Untersuchungen auslöste, wird heute unter Trump zur Normalität.

Dieses Fazit zog Peter Baker Ende Mai. Er ist Chefkorrespondent der «New York Times» in Washington.

Die Empörung über Hillary Clinton ist im Vergleich lächerlich

Mit einer Investition von 1000 Dollar in Rinder-Futures hatte Hillary Clinton 100'000 Dollar verdient. Als sie First Lady wurde, brach eine Welle der Empörung aus – obwohl sie diese Investition bereits ein Dutzend Jahre vor der Präsidentschaft ihres Mannes tätigte. Der Skandal dauerte Wochen und zwang das Weisse Haus zu einer Untersuchung.

31 Jahre später willigte Jeff Bezos nach einem Abendessen in Mar-a-Lago ein, einen Werbefilm über Melania Trump zu finanzieren. Berichten zufolge wird die jetzige First Lady damit 28 Millionen Dollar verdienen – das 280-Fache des Clinton-Gewinns. Zudem ist Bezos als Investor an der Politik der Regierung ihres Mannes persönlich interessiert.

«Skandal? Aufruhr? Washington ging zur Tagesordnung über und nahm davon kaum Notiz», stellte die «New York Times» fest.

Die Präsidenten-Familie Trump ist nicht die erste, die von ihrer Zeit an der Macht profitiert. Aber die Monetarisierung ihrer Präsidentschaft ist in Ausmass und Unverfrorenheit unübertroffen.

- Die Familie Trump und ihre Geschäftspartner kassierten 320 Millionen Dollar an Gebühren aus einer neuen Kryptowährung.
- Sie vermittelten im Ausland Immobiliengeschäfte im Wert von mehreren Milliarden Dollar.
- Für die Mitgliedschaft im exklusiven Club Executive Branch in Washington, der Anfang 2025 von Donald Trump Jr. und mehreren anderen Investoren gegründet wurde, zahlt man 500'000 Dollar pro Person.
- Im Mai schenkte Katar dem Präsidenten einen Luxusjet. Dieser ist nicht nur für Trumps dienstliche Zwecke bestimmt. Offiziell wurde der Jet der Luftwaffe geschenkt. Aber Trump soll ihn auch nach dem

Ausscheiden aus seinem Amt nutzen dürfen. Dessen Wert wird auf 200 Millionen Dollar geschätzt – mehr als alle Geschenke aus dem Ausland, die sämtliche früheren amerikanischen Präsidenten zusammen erhalten haben.

- In seinem Club in Virginia veranstaltete Trump im Mai 2025 ein exklusives Abendessen für 220 Investoren seiner Kryptoährung \$TRUMP. Er hatte die Währung wenige Tage vor seinem Amtsantritt im Januar ins Leben gerufen. Den Zugang zu diesem Anlass verkaufte er abhängig davon, wie viel Geld die Besucher einzahlten. Die Einkünfte wurden nicht etwa seinem Wahlkampfkonto gutgeschrieben, sondern gingen an ein Unternehmen, dessen Einnahmen Trump persönlich zufließen.

«Kandidat für den dreistesten Missbrauch»

«Ich beobachte und schreibe seit fünfzig Jahren über Korruption. Doch mir schwirrt immer noch der Kopf», erklärte Michael Johnston, emeritierter Professor an der Colgate University und Autor mehrere Bücher über Korruption in den USA.

Die noch junge Trump-Regierung sei bereits jetzt eine Kandidatin für den dreistesten Missbrauch eines Regierungsamtes in der amerikanischen Geschichte. Vermutlich werde er den Teapot-Dome-Skandal, die Watergate-Affäre und andere berühmte Skandale weit in den Schatten stellen.

Trotzdem bleibt die Empörung in den USA schwach. Die Grenzen des akzeptierten Verhaltens des Präsidenten haben sich bereits weit verschoben. Früher hätten derlei Geldgeschäfte endlose politische Gegenreaktionen, Fernsehanhörungen, offizielle Untersuchungen und Schadensbegrenzung ausgelöst.

Der verurteilte Straftäter Trump hat ethische Grenzen verschoben. Die Rechenschaftspflicht, die den Spielraum seiner Vorgänger einschränkten, schaffte er ab. Offizielle Untersuchungen wird es keine geben. Regierungsinspektoren und Ethikwächter wurden entlassen, dafür Loyalisten in das Justizministerium, das FBI und die Aufsichtsbehörden eingesetzt.

Dazu kommt ein von den Republikanern kontrollierter und dominierter Kongress, der nicht bereit ist, Anhörungen abzuhalten.

Trump selbst äusserte wiederholt, dass Gesetze über Interessenkonflikten für den Präsidenten nicht gelten würden.

«80 Prozent der Bevölkerung hat es nie interessiert»

Paul Rosenzweig war als leitender Berater an Ken Starrs Ermittlungen gegen Präsident Bill Clinton beteiligt und diente später in der Regierung von George W. Bush. Er zweifelt heute daran, dass die Öffentlichkeit wirklich eine ehrliche Regierung wünscht: «Entweder hat sich die Öffentlichkeit nie dafür interessiert oder sie war einmal daran interessiert, ist es aber nicht mehr.» Rosenzweig schlussfolgert: «80 Prozent der Bevölkerung hat es nie interessiert, 20 Prozent sind überwältigt und erschöpft.»

Das Weisse Haus verteidigte Trumps Vorgehen. Es wies Fragen zu ethischen Bedenken zurück. Trump sei so reich, dass er kein zusätzliches Geld verdienen müsse. «Der Präsident hält sich an alle für ihn geltenden Gesetze zu Interessenkonflikten», sagte Karoline Leavitt, Pressesprecherin des Weissen Hauses. «Die amerikanische Öffentlichkeit hält es für absurd, dass jemand unterstellt, dieser Präsident würde von seinem Amt (finanziell) profitieren. Dieser Präsident war unglaublich erfolgreich, bevor er alles aufgegeben hat, um unserem Land öffentlich zu dienen.»

Tatsächlich aber habe Trump seine Privatgeschäfte nicht aufgegeben. Er verdiene weiterhin Geld mit seinen privaten Geschäftsinteressen, die von seinen Söhnen geführt werden. Baker zitiert Forbes: Trumps Vermögen erreicht heute schätzungsweise 5,1 Milliarden Dollar – ganze 1,2 Milliarden («Billion») Dollar mehr als im Vorjahr.

Baker zitiert Donald Trump Jr., wonach sich die Familie während der ersten Amtszeit seines Vaters zurückgehalten habe. Sie sei jedoch trotzdem kritisiert worden. Deshalb mache es keinen Sinn, sich weiter zurückzuhalten. «Sie werden dich kritisieren», meinte er kürzlich auf einem Wirtschaftsforum in Katar. «Also spielen wir einfach mit.»

«Den Sumpf in Washington trockenlegen»

Nach «Jahren der Korruption», so Trump im Wahlkampf 2016, wolle er «den Sumpf in Washington trockenlegen». Er kritisierte die Clintons, dass diese Geld aus dem Nahen Osten angenommen hatten (von Saudi-Arabien und anderen Monarchien). Diese Regenten seien daran interessiert gewesen, sich für den Fall eines Wahlsiegs von Hillary Clinton einzuschmeicheln.

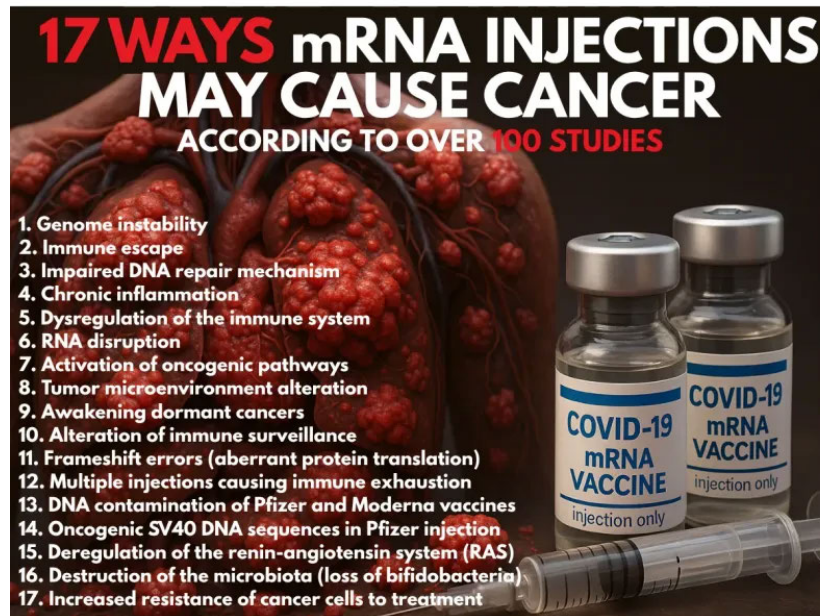
Dieses Geld floss wenigstens für philanthropische Zwecke an die Clinton Foundation. Das Geld dagegen, das Trumps Familie im Nahen Osten verdient, fließt über verschiedene Unternehmungen auf ihre persönlichen Konten. Das hat die «New York Times» dokumentiert.

Seit seiner ersten Amtszeit wurde Trump für 34 Urkundenfälschungen verurteilt. Vor einem Zivilgericht wurde er wegen Betrugs haftbar gemacht. Doch der Oberste Gerichtshof gewährt ihm Immunität für sämtliche Handlungen während seiner Amtszeit.

«Auf die Liste der korruptesten Präsidenten»

Präsident Trump schaffe es auf die Liste der korruptesten Präsidenten aller Zeiten, sagt Fred Wertheimer, Gründer der NGO Democracy 21, welche Trumps Korruption dokumentiert: «Er figuriert unter den ersten zehn Plätzen darauf. [...] Ich glaube, es wird einige Zeit dauern, aber es wird ihn einholen.»

Unterdessen machen ihm westliche Staats- und Regierungschefs den Hof.



17 Wege, wie mRNA-Spritzen Krebs verursachen können – laut über 100 Studien

Nicolas Hulscher, MPH, Juni 30, 2025

Eine umfassende Literaturübersicht von Mathilde Debord mit dem Titel «COVID-19 mRNA-Impfstoffe können laut über 100 Studien auf 17 verschiedene Arten Krebs auslösen» wurde gerade veröffentlicht in «Le Point Critique». Auf der Grundlage von über 100 von Experten begutachteten Studien werden 17 verschiedene biologische Mechanismen beschrieben, durch die die Injektionen bösartige Prozesse auslösen, beschleunigen oder reaktivieren können.

Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der 17 identifizierten Mechanismen (die Referenzen, die diese Aussagen unterstützen, finden Sie in dem Artikel):

1. Genom-Instabilität
mRNA kann in umgekehrter Richtung transkribiert und in die Wirts-DNA integriert werden, wodurch Mutationen ausgelöst werden, die zu Krebs führen.
2. Flucht vor dem Immunsystem. Das Spike-Protein bindet und hemmt Tumorsuppressorgene wie p53 und BRCA1 und schützt so die Krebszellen vor der Zerstörung durch das Immunsystem.
3. Beeinträchtigter DNA-Reparatur-Mechanismus. Das Spike-Protein beeinträchtigt wichtige DNA-Reparaturenzyme und erhöht damit das Risiko unkontrollierter Mutationen.
4. Chronische Entzündung. Lipid-Nanopartikel und Spike-Proteine verursachen langanhaltende Entzündungen, die bekanntermassen die Entstehung von Krebs fördern.
5. Dysregulierung des Immunsystems. Die Unterdrückung von T-Zellen und Interferon Typ I schwächt die Krebsüberwachung und fördert die Umgehung des Immunsystems.
6. RNA-Unterbrechung. Die Codon-Optimierung stört die microRNA-Netzwerke und destabilisiert die Regulierung des Zellwachstums und der Apoptose.
7. Aktivierung onkogener Signalwege Das Spike-Protein aktiviert indirekt MAPK- und PI3K/mTOR-Signalwege und fördert so Tumorstadium und Metastasierung.
8. Veränderung des Tumormikromilieus. Lipid-Nanopartikel reichern sich in Tumoren an, erhöhen die Durchlässigkeit und beschleunigen möglicherweise die Ausbreitung von Krebs.
9. Reaktivierung ruhender Krebsarten. Entzündungen und Störungen des Immunsystems nach der Impfung können bei Patienten, die zuvor in Remission waren, einen Rückfall auslösen.

10. Veränderung der Immunüberwachung. Modifizierte mRNA blockiert Toll-like-Rezeptoren und macht Tumorzellen für das Immunsystem «unsichtbar».
11. Frameshift-Fehler. Die synthetische mRNA produziert manchmal unbeabsichtigte, abweichende Proteine, die ein onkogenes Risiko darstellen.
12. Mehrfache Injektionen. Wiederholte Dosen erschöpfen das Immunsystem und führen zu einem Klassenwechsel zu IgG4, was die Toleranz gegenüber Tumoren fördert.
13. DNA-Kontamination. In Impfstofffläschchen gefundene Plasmid-DNA-Reste sind replikationsfähig und könnten in das Wirtsgenom integriert werden.
14. Onkogene SV40-DNA-Sequenzen. SV40-Promotorsequenzen in Pfizer-Fläschchen können die Genom-Integration erleichtern – das gleiche Element wird zur Tumorauslösung bei Labortieren verwendet.
15. Deregulierung des Renin-Angiotensin-Systems (RAS) Durch Spike-induzierte AT1R-Aktivierung entstehen oxidativer Stress und unkontrollierte Zellproliferation.
16. Zerstörung der Mikrobiota. Die Injektionen dezimieren Bifidobakterien, schwächen das Gleichgewicht des Immunsystems und behindern die körpereigene Krebsabwehr.
17. Erhöhte Resistenz gegen Behandlungen

Die Exposition gegenüber Spike-Proteinen verlängert das Überleben von Krebszellen während einer Chemotherapie, was die Therapieresistenz erhöhen könnte.

Diese Daten tragen dazu bei, die 110'750 zusätzlichen Krebstodesfälle zu erklären, die in den USA seit Beginn der Masseninjektionskampagne für COVID-19-mRNA verzeichnet wurden.

Eine Analyse der offiziellen CDC-Datensätze zeigt, dass die Übersterblichkeit durch Krebs nicht nur anhält – sondern sich im Jahr 2025 weiter beschleunigt:

Wenn wir diese Katastrophe weiterhin ignorieren, wird es unmöglich sein, Amerika wirklich wieder gesund zu machen.

Nicolas Hulscher, MPH

Epidemiologe und Stiftungsverwalter, McCullough Foundation

www.mcculloughfnd.org

Quelle: 17 Ways mRNA Shots May Cause Cancer, According to Over 100 Studies

Quelle: <https://uncutnews.ch/17-wege-wie-mrna-spritzen-krebs-verursachen-koennen-laut-ueber-100-studien/>



Hat bei der Forschung seiner Ämter besonderes Sparpotenzial erkannt: Bundesrat Albert Rösti.
© SRF Gredig direkt

Bundesrat Rösti will eigene Forschung besonders stark stützen

Von wegen «Opfersymmetrie»: Besonders das UVEK plant Kürzungen bei der Forschung. Möglicherweise hinter dem Rücken des Parlaments.

Pascal Sigg

26 Millionen Franken weniger für die eigene Forschung – pro Jahr. Dies schlägt der Bundesrat in seinem «Entlastungspaket» vor. Im Bericht schrieb die Expertengruppe, welche hauptsächlich damit beauftragt war, Subventionen zu überprüfen, Kürzungen bei der Forschung liessen sich kaum begründen. Doch im Sinn einer «Opfersymmetrie» müssten eben alle Ausgabenbereiche mitmachen, wenn der Bund sein Armeebudget erhöhen wolle.

Nun zeigt sich aber: Von einer Gleichbehandlung kann keine Rede sein. Die im Bundesratsentwurf pauschal und unspezifisch aufgeführte Kürzung der sogenannten Ressortforschung würde nämlich grösstenteils in Bundesrat Albert Röstis Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation vorgenommen und vier Ämter betreffen, die in den letzten Jahren wiederholt durch politisch hochrelevante Forschungsberichte auffielen.

Die Faktenfabrik

Bei der Ressortforschung handelt es sich um Forschung, welche die Bundesverwaltung selber initiiert und unterstützt. Sie tut dies, weil sie die Resultate zur Erfüllung der eigenen Aufgaben benötigt, oder weil diese von öffentlichem Interesse sind. Es sind unzählige kleine Forschungsprojekte, die allermeisten wichtig, politisch und nötig, auch weil Private sie nicht anpacken. Man könnte von der grössten Faktenfabrik der Schweiz im öffentlichen Interesse sprechen.

Gut 350 Millionen Franken gab der Bund im Jahr 2024 für eigene Forschung aus. Bereits für 2025 beschloss das Parlament eine sogenannte Querschnittskürzung um 20 Millionen. Für sein Kürzungspaket folgte der Bundesrat der Expertengruppe und schlug vor, ab 2026 nochmals etwa 26 Millionen Franken weniger für Ressortforschung zu sprechen. Davon sind die Departemente unterschiedlich betroffen.

UVEK will bei Ressortforschung besonders kürzen

Konkrete Zahlen nennen die Ämter auf Anfrage selber. Im Bundesamt für Umwelt (Bafu) rechnet man mit etwa drei Millionen, die wegfielen. Beim Bundesamt für Verkehr (BAV) dürften es gar sechs und beim Bundesamt für Energie (BFE) sieben Millionen Franken sein, die gestrichen werden müssten. Keine genaueren Zahlen wollte das Bundesamt für Strassen (Astra) nennen. Gemäss UVEK ist jedoch geplant, beim Astra einen verhältnismässig grösseren Anteil am Forschungsbudget zu streichen als bei anderen Ämtern.

Das UVEK bestätigt auf Anfrage, dass es besonders bei der Ressortforschung kürzt. Es bestätigt damit indirekt, dass die Kürzungen nicht wie vielfach behauptet linear erfolgen würden. Ein Sprecher schreibt: «Grundsätzlich entscheiden die Departemente und deren Ämter über die Art und Weise der Kürzungen. Beim UVEK hat man sich entschieden, die Kürzungen in der Ressortforschung vorzunehmen. Das Departement kann auch eigene Schwerpunkte setzen.»

Die UVEK-Ämter verfügen zwar über vergleichsweise hohe Forschungsbudgets. Abgesehen von einem grösseren Brocken bei der Entwicklungszusammenarbeit im Aussendepartement wären sie trotzdem überproportional betroffen. Gemäss dem entsprechenden Monitoringbericht verfügten etwa das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), das Bundesamt für Gesundheit (BAG) oder Meteoschweiz über höhere Budgets als das Astra.

Jenes des BLW liegt über jenem des Bafu. Das Bundesamt für Landwirtschaft etwa erforscht auch, wie wettbewerbsfähig gewisse landwirtschaftliche Produkte sind, oder wie Stall und Acker digitalisiert werden können. Das Bundesamt für Rüstung gibt jährlich allein die 25 Millionen für Ressortforschung aus, die etwa eingespart werden sollen. Ausserhalb des UVEK soll einzig die Ressortforschung im Bereich internationale Zusammenarbeit stärker gekürzt werden. Allerdings verhältnismässig weniger stark als etwa jene des Bafu.

Will der Bundesrat das Parlament überlisten?

Wie sich die Kürzungen konkret niederschlagen können, wollen die betroffenen Ämter noch nicht verraten. Das Bafu macht allerdings keinen Hehl daraus, dass es sich neben der eigenen Strategie «insbesondere an den politischen Vorgaben» orientieren wird.

Doch wer vorgibt, welche Fakten im öffentlichen Interesse nun doch nicht mehr erarbeitet werden sollen, ist unklar. Das letzte Wort hat zwar das Parlament. Wie ein Bundesamt auf Anfrage mitteilt, dürfte es im Herbst aber nicht über konkrete Forschungsprojekte entscheiden. Damit könnte das Parlament der Bundesverwaltung einen Freipass geben, um unliebsame Forschung zu streichen. Dies, obschon es jene selber einst in aufwändigen Debatten und Diskussionen beschloss.

Gemäss Felix Uhlmann, Professor für Verwaltungsrecht an der Uni Zürich, ist rechtlich nicht eindeutig, inwiefern der Bundesrat vom Parlament gesprochene Gelder für Ressortforschung ausgeben muss. Er sagt aber auch: «Der klare Wille des Parlaments schafft durchaus eine gewisse Verpflichtung zur Ausgabe. Und der Bundesrat muss begründen können, weshalb er davon absieht.»

Zum Beispiel Mobilfunkstrahlung

Ein Beispiel dafür wäre die Forschung über die gesundheitlichen Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung. 2020 forderte das Parlament den Bundesrat auf, im Zuge des Ausbaus des Mobilfunknetzes mehr Geld für entsprechende Forschung zur Verfügung zu stellen – und zwar aus der einträglichen Versteigerung der Mobilfunklizenzen. Der Beschluss war im Parlament unumstritten.

Doch darauf trat die Verwaltung auf die Bremse. Es dauerte über zwei Jahre bis das Bafu – aus dem eigenen Budget und nicht von den Lizenzeinnahmen – einen Betrag dafür einsetzte. Verteilt über 10 Jahre sollten

8 Millionen Franken eingesetzt werden. In einer ersten Etappe wurden bis 2026 rund 3 Millionen Franken gesprochen. Der Rest steht nun auf der Kippe.

Die entsprechende Forschung steht unter starkem Druck. Sie kann den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes – und damit in gewissem Mass auch die Digitalisierung – behindern. Deswegen mischen auch die Mobilfunkbetreiber mit, publizieren laufend Interpretationen des Forschungsstands, welcher vorsichtigen Expert:innen widerspricht. Und vereinnahmen damit zahlreiche Parlamentsmitglieder.

Störfaktor Ressortforschung

Gemäss eigener Darstellung hat das UVEK bei der Ressortforschung «vertretbares Sparpotenzial ausgemacht». Dies überrascht nicht. Die Forschung der Bundesämter im Departement des ehemaligen Auto- und Erdöllobbyisten Albert Röstli ist schon heute stark politisiert und immer wieder ein Störfaktor für die Politik des Departementsvorstehers. Die Liste der Medienberichte dazu ist lang:

Vor wenigen Tagen machte die «Republik» etwa öffentlich, dass das Bundesamt für Energie eine wichtige und teure Studie nicht publizierte – aus Angst vor negativen Reaktionen.

Das Medium hatte schon letzten Herbst recherchiert, dass das UVEK einen Satz, welcher den Forschungskonsens über die Biodiversität in der Schweiz zusammenfasste, kurzerhand aus dem Abstimmungsbüchlein strich.

Am gleichen Tag wurde bekannt, dass das Bafu einen Bericht über die Auswirkungen der Wasserkraft auf die Biodiversität zurückhielt.

Die NZZ berichtete kurz darauf, dass Röstli einem Bericht über die hohen externen Kosten des Autobahnverkehrs aus seinem Bundesamt für Raumentwicklung nicht traute.

Die WOZ zeigte vor Weihnachten, dass das Bafu vor einer Abstimmung gar Forschungsberichte umschrieb oder Publikationsstopps verhängte.

Und vor der Abstimmung über den Autobahnausbau musste auch das Bundesamt für Strassen gewunden eigenen Forschungsberichten widersprechen.

Auch aufgrund derartiger Recherchen fragte die Republik Bundesrat Röstli vor einem Jahr nach seinem Verhältnis zur Wissenschaft. Er antwortete: «Mein Verhältnis ist sehr gut. Ich hatte das Privileg, an der ETH Zürich eine Doktorarbeit zu schreiben. Und diese Kenntnis, diese analytische Fähigkeit, die nützt mir heute sehr viel, weil ich jeden Tag innert kurzer Zeit viele Papiere aus den Ämtern analysieren und die richtigen Schlussfolgerungen ziehen muss. Im Wissen, dass das dann nicht immer für alle die richtigen sind. Aber dafür haben wir ja sieben Bundesräte, die mitentscheiden und am Schluss ein Parlament und ein Referendum.»

Ob der Kürzungseifer im UVEK tatsächlich Erfolg haben wird, ist noch ungewiss. Anfang Mai endete die Vernehmlassung zum fünf Milliarden schweren «Entlastungspaket» des Bundesrates. Parteien und Verbände meldeten sich kritisch dazu. Derzeit läuft die Arbeit an der Botschaft, die der Bundesrat voraussichtlich im Herbst dem Parlament vorlegen wird.

Bundesamt für Energie: Nicht nur Ressortforschung betroffen

Von den Kürzungen in der eigenen Forschung besonders betroffen wäre das Bundesamt für Energie. Deswegen dreht sich hauptsächlich um die Frage, wie die Schweiz den Wandel von fossiler hin zu nachhaltiger Stromversorgung vollziehen kann. Neben dem Beitrag für die Ressortforschung will der Bundesrat das gesamte Förderprogramm für Pilot- und Demonstrationsprojekte für innovative, erneuerbare und effiziente Energietechnologien im Umfang von 23.5 Millionen Franken streichen. Ebenfalls betroffen wäre das Programm «Energie Schweiz», wo 20 Millionen wegfielen. Damit unterstützt der Bundesrat freiwillige Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung der erneuerbaren Energien.

Das 5-Prozent-Versprechen der NATO: Ein obszöner Verrat an den globalen Bedürfnissen

Medea Benjamin

Auf dem NATO-Gipfel in Den Haag in dieser Woche kündigten die Staats- und Regierungschefs ein alarmierendes neues Ziel an: Die Militärausgaben sollen bis 2035 auf 5% des BIP der einzelnen Länder erhöht werden. Als Reaktion auf die zunehmenden globalen Bedrohungen, insbesondere durch Russland und den Terrorismus, wurde diese Erklärung als historischer Schritt gefeiert. In Wahrheit stellt sie jedoch einen grossen Rückschritt dar – weg von der Bewältigung der dringenden Bedürfnisse der Menschen und des Planeten und hin zu einem Wettüben, das die Gesellschaften verarmen lässt, während die Waffenhersteller reich werden.

Dieses unerhörte Ausgabenziel von 5% kam nicht von ungefähr – es ist das direkte Ergebnis jahrelanger Schikanen durch Donald Trump. Während seiner ersten Amtszeit kritisierte Trump wiederholt die NATO-Mitglieder dafür, dass sie nicht genug für ihre Streitkräfte ausgeben, und drängte sie, eine Schwelle von 2%

des BIP zu erreichen, die bereits umstritten und so übertrieben war, dass neun NATO-Länder immer noch unter diesem «Ziel» liegen.

Jetzt, da Trump wieder im Weissen Haus ist, fügen sich die NATO-Führer und setzen ein erstaunliches 5%-Ziel, das selbst die Vereinigten Staaten – die bereits über 1 Billion Dollar pro Jahr für ihr Militär ausgeben – nicht erreichen. Das ist keine Verteidigung, sondern Erpressung auf globaler Ebene, vorangetrieben von einem Präsidenten, der Diplomatie als Erpressung und Krieg als gutes Geschäft betrachtet.

Länder in ganz Europa und Nordamerika kürzen bereits ihre öffentlichen Ausgaben, und dennoch wird von ihnen nun erwartet, dass sie noch mehr Steuergelder in Kriegsvorbereitungen stecken. Derzeit gibt kein NATO-Land mehr für das Militär aus als für Gesundheit oder Bildung. Wenn jedoch alle das neue Ziel von 5% Militärausgaben erreichen würden, würden 21 von ihnen mehr für Waffen als für Schulen ausgeben. Spanien war eines der wenigen Länder, das diese Eskalation ablehnte. Premierminister Pedro Sánchez stellte klar, dass seine Regierung keine Renten und Sozialprogramme opfern werde, um ein militarisiertes Ausgabenziel zu erreichen. Andere Regierungen, darunter Belgien und die Slowakei, lehnten ebenfalls stillschweigend ab.

Dennoch drängten die NATO-Führer weiter, angefeuert von Generalsekretär Mark Rutte, der Donald Trumps Forderung nach einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Europa nachgab. Rutte bezeichnete Trump sogar als «Daddy», eine Bemerkung, die – obwohl als Scherz abgetan – Bände über die Unterwürfigkeit der NATO gegenüber dem US-Militarismus sprach. Unter Trumps Einfluss gibt die Allianz sogar den Anschein eines Verteidigungspaktes auf und übernimmt stattdessen die Sprache und Logik des ewigen Krieges.

Kurz bevor sich die NATO-Führer in Den Haag versammelten, gingen Demonstranten unter dem Motto «Nein zur NATO» auf die Strasse. Und in ihren Heimatländern fordern Bürgerinitiativen eine Umverteilung der Ressourcen zugunsten von Klimagerechtigkeit, Gesundheitsversorgung und Frieden. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der US-Bevölkerung gegen eine Erhöhung der Militärausgaben ist, aber die NATO ist dem Volk gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Sie ist gegenüber politischen Eliten, Waffenherstellern und einer Logik des Kalten Krieges rechenschaftspflichtig, die jede globale Entwicklung durch die Brille von Bedrohung und Dominanz betrachtet.

Die Expansion der NATO, sowohl in Bezug auf die Kriegsausgaben als auch auf die Grösse (sie ist von 12 Gründungsmitgliedern auf heute 32 Länder angewachsen), hat keinen Frieden gebracht. Im Gegenteil. Das Versprechen des Bündnisses, dass die Ukraine eines Tages seinen Reihen beitreten würde, war einer der Auslöser für den brutalen Krieg Russlands, und anstatt zu deeskalieren, hat das Bündnis mit Waffen statt mit Diplomatie nachgelegt. In Gaza setzt Israel seinen von den USA unterstützten Krieg ungestraft fort, während die NATO-Staaten weitere Waffen liefern und keine ernsthaften Friedensbemühungen unternehmen. Jetzt will das Bündnis die öffentlichen Kassen plündern, um diese Kriege auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die NATO umzingelt ihre Gegner, insbesondere Russland, mit immer mehr Stützpunkten und Truppen.

All dies erfordert ein radikales Umdenken. Während die Welt buchstäblich brennt, legt die NATO noch mehr Brennholz auf den Stapel. Angesichts zusammenbrechender Gesundheitssysteme, unterfinanzierter Schulen und glühender Temperaturen, die weite Teile des Planeten unbewohnbar machen, ist die Vorstellung, dass Regierungen weitere Milliarden für Waffen und Krieg ausgeben sollten, obszön. Wahre Sicherheit kommt nicht von Panzern und Raketen – sie kommt von starken Gemeinschaften, globaler Zusammenarbeit und dringenden Massnahmen gegen unsere gemeinsamen Krisen.

Wir müssen das Drehbuch umschreiben. Das bedeutet, die Militärbudgets zu kürzen, sich aus endlosen Kriegen zurückzuziehen und eine ernsthafte Diskussion über die Auflösung der NATO zu beginnen. Das aus dem Kalten Krieg hervorgegangene Bündnis ist heute ein Hindernis für den Weltfrieden und ein aktiver Teilnehmer an Kriegshandlungen. Sein jüngster Gipfel bestätigt diese Realität nur noch.

Es geht hier nicht nur um das Budget der NATO – es geht um unsere Zukunft. Jeder Euro oder Dollar, der für Waffen ausgegeben wird, ist ein Euro oder Dollar, der nicht für die Bekämpfung der Klimakrise, die Bekämpfung der Armut oder den Aufbau einer friedlichen Welt ausgegeben wird. Für die Zukunft unseres Planeten müssen wir die NATO und die Kriegswirtschaft ablehnen.

erschienen am 27. Juni 2025 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_06_28_das5prozentversprechen.htm

UN-Charta wird 80: Warum geringschätzen die Europäer sie dermassen? Die uneinheitliche Reaktion der EU auf Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine und im Nahen Osten offenbart ihre schwindende moralische Autorität auf der Weltbühne.

Zachary Paikin

Vor 80 Jahren, am 26. Juni 1945, wurde die Charta der Vereinten Nationen in San Francisco unterzeichnet. Doch wer den europäischen Regierungen heute zuhört, würde davon nichts merken.

Nach zwei verheerenden globalen militärischen Konflikten zielte die Charta ausdrücklich darauf ab, «künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren». Dies geschah durch das bekannte Verbot der Gewaltanwendung in Artikel 2 Absatz 4. Ausnahmen galten lediglich für Massnahmen zur Selbstverteidigung gegen einen tatsächlichen oder unmittelbar bevorstehenden Angriff sowie vom UN-Sicherheitsrat genehmigte Missionen zur Wiederherstellung der kollektiven Sicherheit.

Und doch veröffentlichten die Staats- und Regierungschefs der E3-Staaten (Grossbritannien, Frankreich und Deutschland) nach dem US-Angriff auf das iranische Atomprogramm am vergangenen Wochenende eine gemeinsame Erklärung, die sich nicht auf das Völkerrecht bezog, geschweige denn auf die UN-Charta, deren 80. Jahrestag nur wenige Tage bevorstand. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erwähnte in ihrem Beitrag auf X die Risiken eines nuklearen Irans und die Notwendigkeit regionaler Stabilität vor der Achtung des Völkerrechts – fast so, als wäre Letzteres zweitrangig.

Als Russland 2022 seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, betonten die europäischen Staats- und Regierungschefs ganz sicher nicht die Notwendigkeit, die Stabilität auf dem europäischen Kontinent über alles zu stellen. Russlands illegale Invasion des Nachbarlandes wurde als Angriff auf Europa selbst und alles, wofür es stand, angesehen. Es wurden gewaltige Anstrengungen unternommen, um Moskau zu bestrafen und Kiew militärische und finanzielle Unterstützung sowie einen Weg zum Anschluss an den Westen zu ermöglichen. Die Staats- und Regierungschefs der EU befürworteten sogar die Einrichtung eines Sondertribunals, um Russland wegen des Verbrechens der Aggression anzuklagen.

Aufgrund des Drucks der Trump-Administration haben sich die europäischen Entscheidungsträger endlich mit der Idee eines Waffenstillstands in der Ukraine auseinandergesetzt. Doch nach drei Jahren Krieg und Hunderttausenden Toten sind sie immer noch nicht zu einem echten und unvermeidlichen Kompromiss bereit. Das Recht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt wird in vielen Kreisen weiterhin grundsätzlich verteidigt, obwohl der Ausschluss der Regierung die gesamte Diskussion hinfällig gemacht hat. Sanktionen können nicht aufgehoben werden, solange russische Truppen auf ukrainischem Boden verbleiben, nicht einmal teilweise, um einen heiklen Friedensprozess voranzutreiben.

Russlands Invasion in der Ukraine, so wurde uns gesagt, stelle die Welt vor eine binäre Wahl: Entweder für den Erhalt der «regelbasierten internationalen Ordnung» zu kämpfen oder in eine gefährliche neue Realität einzutreten, die vom «Gesetz des Dschungels» geprägt ist.

Fairerweise muss man sagen, dass die «regelbasierte Ordnung» immer ein bewusst undurchsichtiger Begriff war, der es einer Untergruppe von Staaten ermöglichen sollte, die Bedingungen für legitimes zwischenstaatliches Verhalten zu diktieren. Während die USA unter Joe Biden diese Ordnung als einen Block mit Befürwortern und Gegnern konzipierten, schienen die Europäer sie ernsthafter als neutrale Beschreibung des globalen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg zu betrachten, das auf Multilateralismus, Völkerrecht und friedlicher Streitbeilegung beruhte.

Leider offenbarte Russlands Invasion in der Ukraine Europas sicherheitspolitische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten – und vertiefte sie sogar noch. Dies geschah, nachdem die sich in den Jahren vor dem Krieg verschlechternden Beziehungen der EU zu Russland bereits die Spannung zwischen Brüssels Wunsch, «die Sprache der Macht zu sprechen», und dem normativen Handeln verdeutlicht hatten. Grundsätzlich könnte kein Drittland ein Veto gegen die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine einlegen – doch was wäre, wenn eine solche Zusammenarbeit die Sicherheitsspannungen auf dem Kontinent verschärfen und daher von zweifelhaftem strategischen Nutzen wäre?

Vor drei Jahren klopfen sich die Brüsseler Eliten über die Wiederbelebung der transatlantischen Einheit und den neu gewonnenen Status der EU als «geopolitischer Akteur» auf die Schulter. Unbemerkt von ihnen legten sie damit den Grundstein dafür, dass die Welt bei jedem europäischen Verweis auf die «regelbasierte internationale Ordnung» die Augen verdrehen würde. Dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs trotz des grossen (und offenkundigen) Grabens, der sich unter Trump zwischen ihnen aufgetan hat, weiterhin auf die Seite der USA stellen, spricht Bände.

Künftig werden Appelle an internationale Normen im Fall der Ukraine deutlich weniger greifen. Es ist sonnenklar, dass sich die europäischen Regierungen in der Ukraine nicht aus Gründen universeller Prinzipien, sondern aufgrund ihrer vermeintlichen Sicherheits- (und statusbezogenen) Interessen und Ängste gegen Kompromisse wehren. Ironischerweise wird dies auf Kosten von Europas Fähigkeit gehen, einen Grossteil der übrigen Welt für seine Strategie der Isolierung Russlands und des zunehmenden Drucks auf Wladimir Putin zum Kompromiss zu gewinnen.

Zwanzig Monate israelischer Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht im Gazastreifen haben nicht zu einem nennenswerten Bruch in den Beziehungen zwischen Jerusalem und den europäischen Hauptstädten geführt. In diesem Fall liesse sich zumindest argumentieren, dass auch die Hamas systematisch gegen das Kriegsrecht verstossen hat. Der Angriff Israels auf den Iran war jedoch ein eindeutiger Verstoss gegen das Völkerrecht – ein Präventivkrieg statt eines Präventivschlags, der darauf abzielte, eine ungünstige Sicherheitslage in der Zukunft abzuwenden, anstatt eine unmittelbare Bedrohung abzuwehren. In diesem Sinne war er dem russischen Einmarsch in die Ukraine nicht ganz unähnlich, der angeblich darauf abzielte, Kiews engere Beziehungen zur NATO zu stoppen.

Allzu oft hören wir, dass die Existenz einer regelbasierten internationalen Ordnung die unabdingbare Voraussetzung für eine Europäische Union sei, die selbst eine regelbasierte Organisation mit 27 gleichberechtigten Mitgliedstaaten ist. Doch Europas offensichtliche Doppelmoral in der Reaktion auf die Ereignisse der letzten drei Jahre hat seine widersprüchlichen Bestrebungen und die Orientierungslosigkeit seiner Aussenpolitik offengelegt.

Mit der US-Invasion im Irak und dem jüngsten Angriff Russlands auf die Ukraine haben die Grossmächte einen Präzedenzfall geschaffen, dem aufstrebende Mittelmächte nur allzu gerne nacheifern. Um diesen Trend umzukehren, müssen die europäischen Regierungen Verstösse gegen das Völkerrecht konsequenter verurteilen. Sie sollten zudem erwägen, eine globale Koalition für die Schaffung neuer und strengerer internationaler Normen zur Regulierung des Gewalteinsatzes zu mobilisieren – eine Kampagne, die auch die Chance bieten würde, die Beziehungen zu den Staaten des Globalen Südens neu auszurichten, die durch Europas Reaktion auf den Krieg in der Ukraine entfremdet wurden.

Darüber hinaus ist es Ländern wie Aserbaidschan und Israel in den letzten Jahren gelungen zu zeigen, dass Konflikte, von denen hochgesinnte Internationalisten behaupteten, sie könnten nur politisch gelöst werden, letztlich doch militärisch gelöst werden können. Es ist unerlässlich, dass Europa mit gutem Beispiel vorangeht und der Welt die Botschaft sendet, dass Diplomatie und nicht militärischer Zwang der beste Weg ist, seine politischen Ziele zu erreichen.

Wäre Europa einem echten Kompromissfrieden mit Russland gegenüber aufgeschlossener – einem Frieden, der Meinungsverschiedenheiten beilegt, aber zentrale internationale Normen bekräftigt –, würde dies eindrücklich bekräftigen, dass Verhandlungen und nicht territoriale Gewinne das zuverlässigste Mittel zur Wahrung der eigenen Sicherheitsinteressen darstellen. Erfolgreiche Verhandlungen würden zudem dazu beitragen, einen jahrzehntelangen Kalten Krieg zu verhindern, der in einen heissen Krieg umzuschlagen droht – der der Welt den Todesstoss versetzt, den abzuwenden die UN-Charta vorgesehen hat.

erschienen am 26. Juni 2025 auf > RESPONSIBLE STATECRAFT

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_06_27_unchartawird80.htm

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
2.7.2025



Zerstörte Moschee und Wohnhäuser in Gaza © AA2025

Israels Gaza-Krieg mit dem Völkermord an den Herero verglichen

Nach einem terroristischen Aufstand wird eine Volksgruppe als «Untermenschen» oder «wilde Tiere» entmenslicht und zerstört.

Urs P. Gasche

Am 7. Oktober 2023 tötete die Hamas 695 israelische Zivilisten, 273 Mitglieder israelischer Sicherheitskräfte und 71 Ausländer.

Als Reaktion darauf führt Israel in Gaza einen Vernichtungskrieg.

Am 12. Januar 1904 kam es zu einem Aufstand der Bevölkerungsgruppe der Herero im damaligen Deutsch-Südwestafrika. Die Herero töteten über 120 deutsche Siedler und Soldaten. Frauen, Kinder und Missionare

liessen die Aufständischen aus dem Kriegsgebiet flüchten. Die Herero belagerten Militärstationen, blockierten Bahnlinien und zerstörten Telegrafverbindungen. Vorher hatten deutsche Siedler immer mehr Weideland der Herero beschlagnahmt.

Als Reaktion darauf trieben deutsche Kolonialtruppen die Herero in die wasserlose Omaheke-Wüste und blockierten Fluchtwege und Wasserstellen. Viele starben an Erschöpfung, verdursteten oder wurden gezielt getötet. Überlebende wurden in Lager gebracht, wo weitere Tausende an Zwangsarbeit, Hunger und Krankheiten starben.

Das Hirtenvolk der Herero lebte auch ausserhalb der deutschen Kolonie in Botswana und Angola. Dort blieb es unbehelligt.

Im Oktober 1904 erliess der deutsche Befehlshaber, Generalleutnant Lothar von Trotha, einen Vernichtungsbefehl für die verbliebenen Kämpfer:

«Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. [...] Das Volk der Herero muss [...] das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schiessen.»



Deutsche Soldaten gegen die Herero © SZ

Es dauerte fast 120 Jahre, bis Deutschland diesen Völkermord offiziell anerkannte. Im Mai 2021 unterzeichnete Deutschland ein Abkommen mit Namibia, in dem Deutschland die historische, moralische und politische Verantwortung für die Verbrechen übernimmt und eine Zahlung von 1,1 Milliarden Euro für Wiederaufbauhilfe zusichert.

Parallelen mit der ethnischen Säuberung in Gaza

Omer Partov, Professor «of Holocaust and Genocide Studies» an der Brown University im US-Bundesstaat Rhode Island, weist auf «bemerkenswerte Parallelen zwischen dem Völkermord an den Herero und Israels ethnischer Säuberung in Gaza» hin.

Israel sehe im Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 die ultimative Bestätigung, dass die militante Gruppe absolut wild und barbarisch sei. Die palästinensische Bevölkerung Gazas sei als ganze aus dem moralischen Universum der Zivilisation gefallen.

Zu denken gaben einige Aussagen von Leuten im israelischen Verteidigungsapparat. In einer Videobotschaft an die Bevölkerung Gazas sagte Generalmajor Ghassan Alian:

«Es wird in Gaza weder Strom und noch Wasser geben. Nur Zerstörung wird es geben. Ihr wolltet die Hölle, jetzt bekommt ihr sie.»

Generalmajor der Reserve, Giora Eiland, schrieb in der israelischen Zeitung Yedioth Ahronoth:

«Der Staat Israel hat keine andere Wahl, als den Gazastreifen in einen Ort zu verwandeln, an dem es vorübergehend oder dauerhaft unmöglich ist, zu leben [...] Die Schaffung einer schweren humanitären Krise in Gaza ist ein notwendiges Mittel, um dieses Ziel zu erreichen [...] Gaza wird ein Ort werden, an dem kein Mensch mehr existieren kann.»

Verteidigungsminister Joaw Gallant sagte öffentlich:

«Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.»

Unterdessen hat das israelische Militär weit über 50'000 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet, darunter mindestens 70 Prozent Frauen, Kinder und andere Zivilpersonen. Weitere über 100'000 Menschen wurden verstümmelt.

Ein Genozid

In «The New York Review of Books» («Infinite Licence») erklärt Bartov, der in einem Kibbuz geboren wurde und Offizier in der israelischen Armee IDF. Sie verwehrt der Bevölkerung des Gazastreifens nicht nur den Zugang zu Essen, Wasser, medizinischer Versorgung und sanitären Einrichtungen. Sie greifen sie auch unentwegt an: Menschen, die aus einer Zone vertrieben wurden, landen in einer anderen, wo sie aufs Neue angegriffen oder vertrieben werden.

Seit dem Einmarsch der IDF in Rafah im Mai 2024 und der erneuten Vertreibung von etwa einer Million Palästinenser in den südlichen Gazastreifen, wo Hunderttausende noch immer in riesigen Zeltstädten ohne nennenswerte Infrastruktur leben, ist es unmöglich, die israelische «Operation» etwas anderes als einen Genozid zu nennen. Die wiederholten Vertreibungen, die unaufhörlichen Angriffe auf die als Sicherheitszonen ausgewiesenen Gebiete, die systematische Zerstörung von Wohnungen, Infrastruktur, Krankenhäusern, Universitäten, Schulen, Gebetsstätten, Museen und anderen Stätten des kollektiven Gedächtnisses und der geteilten Identität – all dies deutet auf die bereits in den ersten Tagen der Kampagne geäußerte Absicht hin, die physische und kulturelle Existenz der Palästinenser im Gazastreifen vollständig zu vernichten und das Gebiet unbewohnbar zu machen. [...]

Es gibt zahlreiche Berichte, wonach Israel den gesamten Gazastreifen übernehmen und einer Militärregierung unterstellen will, möglicherweise in der Hoffnung, die Bevölkerung zum vollständigen Exodus zu zwingen.»

Der Krieg gegen das Resthirn

Juni 25, 2025

Ein Gedanken-Smoothie von Werner Roth



«Ja, es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.» Diesen Ausspruch von Warren Buffett, gegeben in einem Interview in der «New York Times» 2006, hatte der grosse Georg Schramm über Jahre hinweg am Ende jeder seiner Auftritte zitiert. Ergebnis? Ein Seltsames. So richtig verstanden haben das offenkundig die Wenigsten. Die Leute haben gelacht und geklatscht.

Die unmittelbare Frage, die sich zu Buffett aufdrängt, ist doch: Wie hat er das gemeint? Welche Art Krieg meint er? Warum sollte einen das was angehen? Und noch viele weitere Fragen.

Ist die Reaktion des Publikums vielleicht schon ein Erfolg des jahrelangen Mindwars? Mindwar? Was ist das schon wieder? Bisher kann nur ein minimaler Teil der Bevölkerung mit diesem Begriff irgendwas anfangen. Was ist das für ein Krieg, bei dem das Schlachtfeld die Gehirne und das Denken der Bevölkerungen sein soll? Zu begreifen ist das im wortwörtlichen Sinn ja nicht. Zumindest nicht so leicht.

«Wir haben den Menschen gehackt!»

Dieser Spruch, mit präpotenter Attitüde beim WEF in Davos 2020 von deren «Vor-Denker» Yuval Noah Harari in die Welt posaunt, ist inzwischen durch eine Google Suchanfrage nicht mehr zu finden. Das «denen» noch was peinlich ist? Wer hätte das gedacht?

Das Wissen über den Menschen wie er so tickt und wie er zu leiten bzw. zu manipulieren ist, hat seit Beginn des letzten Jahrhunderts unabweisbar enorm zugenommen. Seit Etablierung der Sozialwissenschaften waren die mentalen Abläufe und Zusammenhänge im Focus bei der Erklärung des menschlichen Verhaltens. Der Nachweis der «klassischen Konditionierung» durch den «Pawlow'schen Hund» kann bis heute als Grundlage der Verhaltenspsychologie gelten.

Diese «klassische Konditionierung» ist das durchgängige Fundament der Gehirn- bzw. Gedanken-Manipulation durch Werbung, PR, Propaganda und was es da sonst noch so gibt, das unserer Wahrnehmung und deren gedankliche Verarbeitung den erwünschten Spin versetzt.

Dabei wird die Gefühlsebene, die im Unterbewusstsein verortet wird, mit der Verstandesebene, die im Bewusstsein sitzt, kognitiv verbunden. Das geschieht mit einer möglichst geschickten Kombination von (Sinnes-)Reizen, auf die einerseits das Gefühl (positiv oder negativ) anspricht und womit dann andererseits die gewünschte Botschaft transportiert wird.

Dabei gilt: Gefühl schlägt Verstand, so die altbewährte Faustregel.

Als Beispiel soll hier Corona dienen. Vom Auftraggeber wurde gewünscht, ein bestimmtes Verhalten bei der Zielgruppe, in diesem Fall also bei allen, zu etablieren. Das ist die gewünschte Botschaft, die ins Gehirn gemeißelt werden soll. Hier war das blinde Zustimmung zu den dazu vorgeschlagenen Massnahmen. Das finale Ziel war die Durchimpfung aller Bevölkerungen.

Als emotionaler Laster, also der Reiz fürs Gefühl, diente die Erzeugung von Angst. Hier konnte an eine bereits breit flotierende Angst im Grossteil der Gesellschaft nahtlos angeknüpft werden. Die unbestimmte Angst wurde fokussiert auf eine unbekannte Todesgefahr: Das Virus! E voila!

Wir Menschen sind dabei das am besten geeignete Wesen für eine Dressur.

Oder Gehirnwäsche, wie manche, durchaus zurecht, sagen. Die Corona-Masche sollte eigentlich, ja eigentlich, dem letzten Verblendeten die Augen geöffnet haben. Hat es nicht? Da können Sie mal sehen, wie tief wirksam Gehirnwäsche sein kann. Übrigens läuft dieses Spielchen gerade jetzt wieder sehr erfolgreich in Sachen Ukraine/Nahost/China.

Das bis hierher ausgeführte ist aber nur ein Teil des «mindwars». Denn dieser umfasst alles, was in ihren Kopf kommt. Durch sämtliche Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten über Schule bis zur Universität. Oder auch im Sektor Unterhaltung mit Film, TV, Printprodukten und allem, was gemeinhin als wesentlich für die Prägung des individuellen Weltbilds verstanden wird. Grosser Aufwand wird gerade auch in der Bekämpfung von allem Nichtgewünschten betrieben.

Grob gesagt: Wenn nur Scheisse in den Kopf kommt, dann kommt (fast immer) auch nur Scheisse wieder raus!

Die Methoden, das Instrumentarium, sowie die strategische Planung inkl. operativer und taktischer Umsetzung sind auf allen diesen Feldern gleich. Das ganze Konzept dieses «mindwars» beruht auf den gesammelten Erkenntnissen der Sozialwissenschaften, insbesondere aus der Psychologie (Verhaltens-, Wahrnehmungs- und Kognitionspsychologie), der Neurologie, der Molekularbiologie und der Bio-Chemie. Dazu kommen noch die Erfahrungen aus entsprechenden Experimenten zur Gedankenkontrolle wie z.B. MK-Ultra und anderen.

Die Realität, die wir so vermittelt kriegen, ist nur eine vermeintliche. Viele ahnten es, aber verstanden haben es die Wenigsten. Doch es merken immer mehr. Die Widersprüche zwischen der medial propagierten Realität und der tatsächlichen Wirklichkeit bewirken kognitive Dissonanzen, die die Menschen spüren lassen, dass da was aus dem Ruder läuft.

Auf einmal stehen sie nackt da inmitten von vielen anderen Nackten. Am «nacktesten» sind die Leithammel, wenn man so will. Aber da so viele nackt sind, verhindert die Scham bei den Meisten, dass man offen sein Nacktsein zugibt.

Man lenkt seinen Unmut lieber auf die Nicht-Nackten, auch weil die im Fernseher das doch so sagen.

«Hinter der Trommel her trotten die Kälber. Das Fell für die Trommel, das liefern sie selber.»

Bertolt Brecht

«Wir sind seit Langem dieser Informationskriegsführung ausgesetzt. Ihr Zweck ist es, die Herzen und Köpfe des amerikanischen Volkes zu gewinnen und zu befrieden, damit es durch seine eigene Komplizenschaft zum Opfer wird. ... Die Rollen von CIA und Mainstream-Medien sind nicht zu unterscheiden.» Ed Curtin
Wenn man wirklich was nachhaltig (haha), also tief verankert im akzeptierten Weltbild, durchsetzen will, empfiehlt sich das Prinzip des «Steter Tropfen höhlt den Stein». Sie kennen die Geschichte mit dem Frosch im heisser werdenden Wasser?

Die Entwicklungen müssen längerfristiger als das menschliche Zeitempfinden sein. Als erfolgreich hat sich die Strategie einer Super-duper-extrem-Zeitlupe gezeigt. So gehen unter dem Radar die angestrebten Ziele

der Steuermänner in die Köpfe der Leute rein. Nach Jahren handeln und denken dann die Zielpersonen wie angestrebt. Die Leute glauben genau das, was sie sollen.

**Wer hat die Macht, dies alles in seinem Sinn zu steuern und zu bestimmen,
um seine Ziele besser zu erreichen?**

Man muss sich immer und immer wieder die Frage nach der Macht stellen. Wer hat die grösste? Wer hat den grössten Einfluss? Woher kommt der Einfluss? Was ist der grösste Machthebel? Welche Verbindungen wirken wo und wie?

Haben Sie sich schon mal gefragt, wer dem Chef des Rockefeller-Clans oder dem obersten Rothschild oder der Morgans oder noch so ein paar von diesen unbescholtenen Club-Freunden etwas vorschreiben könnte? Sie meinen «Niemand» könnte das? Weil diese Herrschaften so unermesslich reich sind, dass selbst ein Onkel Dagobert dagegen als Bürgergeldempfänger dasteht? Da könnten Sie Recht haben.

Nach dem grossen Schreckmoment der Lehmann-Pleite und dem dann folgenden Kladderadatsch, sind mit der Schaffung der sog. Kapitalsammelstellen, wie BlackRock, StateStreet, Vanguard, etc., ein bestens geeignetes Instrumentarium etabliert worden, um Macht auszuüben. Dort sind alle Geld- und Vermögenswerte gebündelt.

Und entscheidend ist, wer über diese Gelder, sprich Machtmittel bestimmt, nicht wer es besitzt. Den «Deepies» gehören ja eh schon die FED und die «Bank of England». Von der Grundidee her ist das Konzept von BlackRock & Co. nichts anderes, als das physikalische Hebel-Gesetz auf die Finanzwelt zu übertragen. Simpel und genial!

Doch wo laufen denn alle die Fäden zusammen? Am Ende bzw. am Anfang landet man stets bei so Namen wie Rockefeller, Rothschild, Morgan und dazu weitere illustre Familien aus der britischen Upper-Class.

Die seit Jahrhunderten die Weltläufe bestimmenden Kreise treffen sich in sehr exklusiven Clubs, trinken Tee und tauschen dort Gedanken aus. Sie nennen sich «Gentleman», was übersetzt «ein guter (liebenswürdiger/angenehmer) Mensch» bedeutet. Die bezeichneten sich also schon als «die Guten™», als es diese Interpretation für die Gutmenschen noch gar nicht gab. Marvelous, isn't it?

**Es gibt vieles, was man als Unterscheidungsmerkmal des «Westens»
vom Rest der Welt anführen kann, aber ein Punkt ist doch ganz herausragend**

Ausserhalb der alternativen Schwurbler-Blase thematisiert das so gut wie Niemand. Die Rede hier ist vom «Tiefen Staat». In seinem eigenen orwell'schen Neusprech wäre «Deepies» als euphemistische Bezeichnung durchaus angemessen. Das klingt doch gleich viel sympathischer, weil knuffig und harmlos. Diese Verharmlosung durch Sprache kennen Sie schon z.B. durch das gute-Kita-Gesetz. Duziduziduzi... ja, wo isser denn? Trotzdem und überhaupt: Einen sogenannten «Tiefen Staat» kann es ja gar nicht geben. Denn das wäre ja eine Verschwörung der reichsten und damit mächtigsten Menschen der (westlichen) Welt, also der ehrenwertesten und menschenliebendsten Philanthropen, die es je gegeben hat. Denken Sie an all die vielen Wohltaten für die Menschheit durch Leute wie Rockefeller, Rothschild, Soros, Gates uvm.!

Alle wissen doch, dass es ab einer bestimmten Grenze oberhalb in der gesellschaftlichen Pyramide keine Verschwörungen mehr gibt. Darunter gibt es das schon und wird auch regelmässig von den Medien aufgedeckt. Nehmen Sie die Cum-Ex-Geschichte. Ach, da nicht? Warum das so ist? Das ist eben so! Basta! Oder sind Sie so ein verrückter Verschwörungstheoretiker?

Dieser Begriff – «Verschwörungstheoretiker» – und dessen sozialarchitektonischer Roll-out ist schliesslich auf das CIA-Dokument 1035-960 vom 4. Januar 1967 zurückzuführen. Damit ist es offenkundig so wahr wie das Wort des höchsten Manitu. Isch schwör, Alda...!

Der ursprüngliche Zweck wurde glänzend erfüllt, nämlich die Diskreditierung von Zweiflern in Sachen JFK-Narrativ.

Da können Leute wie Tom Regenauer und die vielen anderen Verschwörungsmuftis zum «Deep State» schreiben und ausführen, was sie wollen. Selbst deren dezidierte Quellennachweise und tonnenweise Belege ändern nichts daran.

**Eine Macht ohne Kontrollmöglichkeiten ist keine Macht –
Macht und Kontrolle bedingen einander untrennbar**

Somit ist die Kontrolle über das Denken UND Fühlen die mit Abstand effektivste Methodik zur Beherrschung der Massen. Eben das ist der «mindwar»!

- Die am meisten Verwirrten lassen sich am einfachsten noch weiter verwirren.
- Desinformierte kann man am besten desinformieren.
- Blöden kann man am leichtesten jeden Blödsinn erzählen.

Der geistige Rausch der Verbundenheit mit all den anderen Verwirrten, Desinformierten und Blöden trägt da noch erheblich zur Dynamik bei. «Wir, die Verwirrten, Desinformierten und Blöden, sind mehr.»

Am effektivsten kann man die Leute kontrollieren, wenn man sie zu Mitschuldigen macht. Im 3. Reich hat das auch gut geklappt. Warum nicht auch im 4.?

Die Bilderberger sind nicht untätig und kümmern sich auch um so Kleinigkeiten wie «Neurotechnologien und der Kampf um das Gehirn». Aus rein menschenliebenden Gründen. Logo!

Nichtsdestotrotz besteht das «Imperium der Lügen», wie im Speziellen die ganzen USA, hauptsächlich als pure Fassade mit ständiger Einsturzgefahr.

Doch es wird noch lange brauchen, um das Elend, dass dieser schon jahrzehntelang laufende «mindwar» in den Gehirnen der grossen Masse angerichtet hat, signifikant zu verringern.

Wenn so weitergemacht wird, wird die aktuelle Misere bald wie ein laues Vorspiel wirken – verglichen mit dem, was noch kommt.

Hat «Mutti» doch recht gehabt, als sie 2020 verlautbarte: «Zuerst kommt die Armut. Dann das Elend. Und dann der Hunger.» Das mit dem zwingend folgenden Tod musste sie nicht mehr extra sagen.

Die Frage, was sich deutlich verbessert hat, beantwortet Dagmar Henn wie folgt, nämlich «... die Fähigkeit, die wirklichen Zustände der Wahrnehmung zu entziehen. Das ist jedoch der einzige Fortschritt.»

«Eine ganze Gesellschaft ahnt, dass unter dem Teppich, auf dem sie steht, kein Boden mehr ist, nichts mehr, was sie hält, ausser viel darunter gekehrter Dreck.»

Ulrike Guérot

Der Volksmund weiss ja, man kann nicht alles haben. Ausser Palantir...*

*die wissen alles und können somit alles machen und haben...

Mehr von Werner Roth finden Sie hier: <https://www.anderweltonline.com/satire/>

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/satire/der-krieg-gegen-das-resthirn/>



2.7.2025, Die Online-Zeitung «Infosperber» will grosse Medien mit Relevantem ergänzen. © is

Hannes Britschgi leitet neu die Online-Zeitung Infosperber

Gründer Urs P. Gasche bleibt Mitglied des 6-köpfigen Stiftungsrats und wird sich publizistisch weiter für Infosperber engagieren.

Red.



Hannes Britschgi

Der Stiftungsrat der Schweizerischen Stiftung zur Förderung unabhängiger Information (SSUI) hat Hannes Britschgi am 1. Juli zu ihrem Präsidenten gewählt. Britschgi wird auch Leiter der Redaktion.

Der langjährige Fernseh- und Zeitungsjournalist und ehemalige Leiter der Ringier-Journalistenschule wird Nachfolger von Urs P. Gasche, der Infosperber seit 14 Jahren aufgebaut hat. Gasche: «Hannes Britschgi kenne ich als faktenorientierten, hartnäckigen und mutigen Journalisten. Beim Kassensturz war ich sein Chef, jetzt ist er mein Chef.»

Infosperber finanziert sich mit Spenden der Leserschaft. Alle Spenden gehen an die Redaktion, weil sämtliche nicht-redaktionellen Aufgaben wie Buchhaltung, Spendenmanagement, Marketing, IT-Unterstützung und Korrekturen Engagierte aus der Leserschaft unbezahlt erledigen.

Hannes Britschgi: «Seit vielen Jahren publiziert Infosperber jeden Tag zwei, drei relevante Artikel und Kommentare. Mit schöner Regelmässigkeit Primeurs und Fakten, die andere übersehen haben. All das leistet eine kleine, bezahlte Redaktion unterstützt von vielen pensionierten und unbezahlten Medienschaffenden. Ich freue mich, dass ich diese Profis in den kommenden Jahren unterstützen darf.»

Mitglieder des Stiftungsrates dürfen laut Statuten keine führende Position in einem gewinnorientierten kommerziellen Medienunternehmen haben und an einem solchen Unternehmen finanziell auch nicht beteiligt sein. Die Stiftung SSUI garantiert, dass kein Verlagskonzern, keine Lobbys und keine Inserenten auf die Redaktion Einfluss nehmen können.

Die Online-Zeitung Infosperber versteht sich als Zweitmedium, das grosse Medien mit relevanten Informationen und Analysen ergänzt. Infosperber will es interessierten Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, sich dank zusätzlichen Perspektiven eine eigene Meinung zu bilden.

Die Redaktion hält sich an die Erklärung der Pflichten der Journalistinnen und Journalisten, die der Schweizer Presserat erarbeitet hat.

Digital Harvest: BlackRock, Vanguard, State Street – Aktionäre im Verborgenen

Colin Todhunter

Sie verkaufen kein Saatgut. Sie besitzen keine Traktoren. Sie betreiben keine Lagerhallen und transportieren kein Getreide. Doch BlackRock, Vanguard und State Street gehören zu den mächtigsten Akteuren der globalen Landwirtschaft.

Zusammen kontrollieren diese drei Vermögensverwalter Vermögenswerte im Wert von über 26 Billionen US-Dollar – mehr als das BIP der USA und Indiens zusammen. Sie sind Anteilseigner fast aller grossen Agrarkonzerne: Bayer, Cargill, ADM, Nestlé, Deere & Co. und weitere. Sie konkurrieren nicht miteinander. Sie sind Miteigentümer. Und durch dieses Eigentum bestimmen sie.

Das ist kein Kapitalismus als Wettbewerb. Es ist Kapitalismus als stille Koordination.

Diese Unternehmen müssen die Politik nicht diktieren. Sie gestalten das Terrain, auf dem Politik gemacht wird. Ihr Einfluss ist strukturell, nicht spektakulär. Er wird durch Vorstandsetagen, Aktionärsbeschlüsse und Kapitalflüsse ausgeübt. Und er ist für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar.

Doch seine Auswirkungen sind allgegenwärtig.

Laut dem Food Barons 2022-Bericht der ETC Group halten BlackRock, Vanguard und State Street dominante Anteile entlang der gesamten Agrar- und Lebensmittelkette – von Saatgut und Chemikalien bis hin zu Supermärkten und Logistikplattformen. In vielen Sektoren sind sie die drei grössten Anteilseigner aller grossen Unternehmen. Das bedeutet, dass der «Wettbewerb» zwischen Unternehmen wie Bayer und Syngenta oder Nestlé und PepsiCo oft kaum mehr als eine blossе Performance ist. Die wahre Macht liegt hinter den Kulissen.

Diese Unternehmen betreiben kein Mikromanagement. Das müssen sie auch nicht. Ihre Stärke liegt in der Abstimmung – in der Gestaltung dessen, was als Wert, was als Risiko und was als akzeptables Verhalten gilt. Und dieses Verhalten wird zunehmend durch die ESG-Linse (Umwelt-, Sozial- und Governance-Kennzahlen) betrachtet.

Aber ESG ist kein moralischer Kompass. Es ist ein Risikorahmen.

In den letzten Jahren haben sich BlackRock und seine Konkurrenten als klimabewusste Investoren positioniert. Sie sprechen von «Netto-Null», «Transitionsfinanzierung» und «nachhaltiger Landwirtschaft». Aber es geht nicht um die Dekarbonisierung des Lebensmittelsystems. Es geht um die Risikominimierung von Portfolios.

Dieselben Unternehmen, die in fossile Brennstoffe investieren, investieren auch in CO₂-Kompensationsprogramme. Dieselben Unternehmen, die die industrielle Landwirtschaft unterstützen, finanzieren auch klimafreundliche Saatguttechnologien. Es ist eine Absicherungsstrategie, keine Transformation.

Und in Indien setzt sich diese Logik durch. Vermögensverwalter unterstützen zunehmend Landpachtplattformen, Agrifintech-Startups und Emissionszertifikatsaggregatoren, die versprechen, den Wert landwirtschaftlicher Flächen zu heben. Doch diese Wertschöpfung bedeutet oft, Landwirte in neue Formen der Abhängigkeit zu zwingen – von Bewertungssystemen, digitaler Compliance und spekulativen Märkten, die sie nicht kontrollieren.

Das ist keine Investition. Es ist Gewinnmachen mit einem Nachhaltigkeitslabel.

Der gefährlichste Wandel in der Landwirtschaft ist heute nicht technologischer, sondern finanzieller Natur. Land ist nicht mehr nur ein Ort, um Nahrungsmittel anzubauen. Es ist eine Anlageklasse. Eine Absicherung gegen Inflation. Ein Ort für Datenerfassung und CO₂-Spekulation.

In diesem Modell ist der Landwirt kein Produzent. Er ist Mieter in der Kalkulationstabelle eines anderen.

Und diese Kalkulationstabelle ist global.

BlackRock muss das Land nicht besitzen. Es muss lediglich das Unternehmen besitzen, dem das Unternehmen gehört, das das Land pachtet. Über mehrere Anlagevehikel wird Ackerland gebündelt, verbrieft und gehandelt – oft ohne das Wissen derer, die darauf leben.

Das ist Einhegung ohne Zäune. Governance ohne Regierung.

Vermögensverwalter präsentieren sich gerne als passive Investoren. Sie behaupten, sie würden nicht die Unternehmensstrategie bestimmen, sondern nur dem Markt folgen. Aber wenn man 5–10 Prozent aller grossen Unternehmen einer Branche besitzt, ist man der Markt.

Und wenn man über Aktionärsbeschlüsse abstimmt, Vorstandsmitglieder ernennt und die Vergütung von Führungskräften festlegt, ist man nicht passiv.

2023 stimmten BlackRock und Vanguard gegen Resolutionen, die Agrarunternehmen verpflichtet hätten, ihre Auswirkungen auf Abholzung und Landrechte offenzulegen. Ihre Begründung? Die Vorschläge seien «zu präskriptiv». Doch was sie wirklich schützten, war die Freiheit, unkontrolliert zu agieren.

Was BlackRock, Vanguard und State Street so gefährlich macht, ist nicht ihre Bösartigkeit. Es ist ihre strukturelle Natur. Sie brauchen keine Verschwörung. Ihre Anreize sind aufeinander abgestimmt. Ihre Instrumente sind abstrakt. Und ihre Macht beruht auf der Abwesenheit – von Regulierung, Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Sie sind nicht die Bösewichte in dieser Geschichte. Sie sind die Architektur.

Und das macht es schwieriger, sie zu bekämpfen.

Bei der Ernährungssouveränität geht es nicht nur um Saatgut oder Boden. Es geht auch um Macht. Und Macht ist heute eine finanzielle Macht. Sie fließt durch Indizes, Benchmarks und Kapitalzuteilungen. Sie entscheidet darüber, welche Pflanzen angebaut werden, welche Unternehmen überleben und welche Termingeschäfte finanziert werden.

Und das, ohne jemals den Boden zu berühren.

erschieden am 24. Juni 2025 auf > offGuardian

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_06_30_digitalharvest.htm

Teufel oder Beelzebub?

20. Juni 2025 Pandora Aktuell



Bildquelle: <https://www.commondreams.org/opinion/netanyahu-war-on-iran>

Stoppen Sie Netanjahu, bevor er uns alle umbringt *1

Wir könnten schon bald erleben, wie mehrere Atommächte gegeneinander antreten und die Welt näher an die nukleare Vernichtung heranführen.

Fast 30 Jahre lang hat Israels Premierminister Benjamin Netanjahu den Nahen Osten in Krieg und Zerstörung gestürzt. Der Mann ist ein Pulverfass der Gewalt. In all seinen Kriegen träumte Netanjahu immer vom grossen Ziel: Der Niederlage und dem Sturz der iranischen Regierung. Sein lang ersehnter Krieg, der gerade

begonnen hat, könnte uns alle in einem nuklearen Armageddon das Leben kosten, wenn Netanjahu nicht gestoppt wird.

Netanjahus Kriegsbesessenheit geht auf seine extremistischen Mentoren Ze'ev Jabotinsky, Yitzhak Shamir und Menachem Begin zurück. Die ältere Generation glaubte, die Zionisten müssten jede Gewalt – Kriege, Attentate, Terror – anwenden, um ihr Ziel zu erreichen, jeden palästinensischen Anspruch auf ein Heimatland zu beseitigen.

Die Gründer von Netanjahus politischer Bewegung, dem Likud, forderten die ausschliessliche zionistische Kontrolle über das gesamte ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina. Zu Beginn des britischen Mandatsgebiets Anfang der 1920er Jahre machten muslimische und christliche Araber etwa 87% der Bevölkerung aus und besaßen zehnmal mehr Land als die jüdische Bevölkerung. 1948 war die Zahl der Araber den der Juden immer noch etwa doppelt so hoch. Dennoch hiess es in der Gründungscharta des Likud (1977): «Zwischen dem Meer und dem Jordan herrscht nur israelische Souveränität.» Die inzwischen berühmte Parole «Vom Fluss zum Meer», die als antisemitisch charakterisiert wird, entpuppt sich als anti-palästinensischer Schlachtruf des Likud.

Israels Krieg gegen den Iran ist der letzte Schritt einer jahrzehntealten Strategie. Wir erleben den Höhepunkt jahrzehntelanger Manipulation der US-Aussenpolitik durch extremistische Zionisten.

Die Herausforderung für Likud bestand darin, seine maximalistischen Ziele trotz ihrer offensichtlichen Illegalität nach internationalem Recht und Moral zu verfolgen, die beide eine Zweistaatenlösung erfordern.

1996 entwickelten Netanjahu und seine amerikanischen Berater eine Strategie des «Clean Break». Sie plädierten dafür, dass Israel sich im Austausch für regionalen Frieden nicht aus den im Krieg von 1967 eroberten palästinensischen Gebieten zurückziehen würde. Stattdessen sollte Israel den Nahen Osten nach seinen Vorstellungen umgestalten. Entscheidend war, dass die USA die treibende Kraft zur Erreichung dieser Ziele darstellten – sie sollten Kriege in der Region führen, um Regierungen zu stürzen, die sich Israels Dominanz über Palästina widersetzen. Die USA wurden aufgefordert, im Namen Israels Kriege zu führen.

Die Strategie des «Clean Break» wurde nach dem 11. September von den USA und Israel erfolgreich umgesetzt. Wie der NATO-Oberbefehlshaber General Wesley Clark enthüllte, planten die USA kurz nach dem 11. September, «innerhalb von fünf Jahren sieben Länder anzugreifen und zu zerstören – zunächst den Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran».

Der erste Krieg Anfang 2003 zielte auf den Sturz der irakischen Regierung. Pläne für weitere Kriege verzögerten sich, da die USA im Irak feststeckten. Dennoch unterstützten die USA die Spaltung des Sudan 2005, Israels Invasion im Libanon 2006 und Äthiopiens Einmarsch in Somalia im selben Jahr. 2011 startete die Obama-Regierung die CIA-Operation Timber Sycamore gegen Syrien und stürzte gemeinsam mit Grossbritannien und Frankreich die libysche Regierung durch eine Bombenkampagne. Heute liegen diese Länder in Trümmern, und viele sind in Bürgerkriege verwickelt.

Netanjahu war – entweder öffentlich oder hinter den Kulissen – zusammen mit seinen neokonservativen Verbündeten in der US-Regierung, darunter Paul Wolfowitz, Douglas Feith, Victoria Nuland, Hillary Clinton, Joe Biden, Richard Perle, Elliott Abrams und andere, ein Cheerleader dieser freiwilligen Kriege.

Bei seiner Aussage vor dem US-Kongress im Jahr 2002 plädierte Netanjahu für den verheerenden Krieg im Irak und erklärte: «Wenn Sie Saddam, Saddams Regime, stürzen, garantiere ich Ihnen, dass dies enorme positive Auswirkungen auf die Region haben wird.» Er fuhr fort: «Und ich denke, die Leute, die im Iran direkt nebenan sitzen – junge Menschen und viele andere – werden sagen, die Zeit solcher Regime, solcher Despoten ist vorbei.» Ausserdem behauptete er fälschlicherweise vor dem Kongress: «Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass Saddam die Entwicklung von Atomwaffen anstrebt, daran arbeitet und voranschreitet.»

Der Slogan «Ein neuer Naher Osten» ist die Parole für diese Kriege. Er wurde 1996 erstmals mit dem Schlagwort «Clean Break» formuliert und 2006 von Aussenministerin Condoleezza Rice populär gemacht. Während Israel den Libanon brutal bombardierte, erklärte Rice:

«Was wir hier erleben, sind gewissermassen die wachsenden Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens. Was auch immer wir tun, wir müssen sicherstellen, dass wir auf dem Weg zu einem neuen Nahen Osten voranschreiten und nicht in den alten zurückkehren.»

Im September 2023 präsentierte Netanjahu der UN-Generalversammlung eine Karte des «Neuen Nahen Ostens», die einen palästinensischen Staat vollständig auslöschen würde. Im September 2024 erläuterte er diesen Plan anhand zweier Karten: Ein Teil des Nahen Ostens sei ein «Segen», der andere – der den Libanon, Syrien, den Irak und den Iran umfasst – sei ein Fluch, da er einen Regimewechsel in den letztgenannten Ländern befürwortete.

<https://youtu.be/Atag74u01AM?si=5VndAsbuTeNeQIMI>

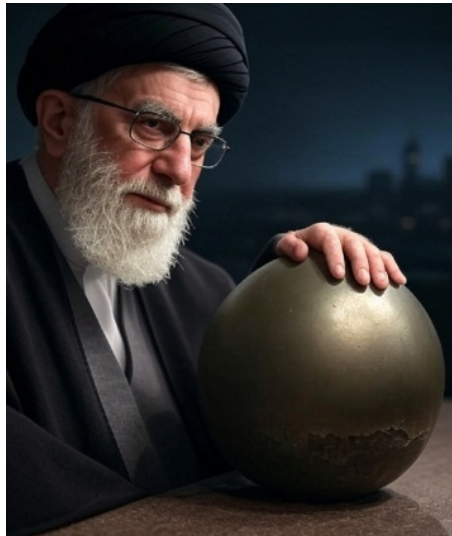
Israels Krieg gegen den Iran ist der letzte Schritt einer jahrzehntealten Strategie. Wir erleben den Höhepunkt jahrzehntelanger Manipulation der US-Aussenpolitik durch extremistische Zionisten.

Grundlage für Israels Angriff auf den Iran ist die Behauptung, der Iran stehe kurz vor dem Erwerb von Atomwaffen. Eine solche Behauptung ist absurd, da der Iran wiederholt Verhandlungen gefordert hat, um die nukleare Option im Gegenzug für ein Ende der jahrzehntelangen US-Sanktionen zu beseitigen.

Seit 1992 behaupten Netanjahu und seine Anhänger, der Iran werde «in wenigen Jahren» eine Atommacht sein. 1995 verkündeten israelische Politiker und ihre US-amerikanischen Unterstützer einen Zeitrahmen von fünf Jahren. 2003 erklärte der Direktor des israelischen Militärsicherheitsdienstes, der Iran werde «bis zum Sommer 2004» eine Atommacht sein. 2005 erklärte der Chef des Mossad, der Iran könne die Bombe in weniger als drei Jahren bauen. 2012 behauptete Netanjahu vor den Vereinten Nationen: «Es dauert nur noch wenige Monate, möglicherweise wenige Wochen, bis sie genug angereichertes Uran für die erste Bombe haben.» Und so weiter und so fort.

Dieses seit über 30 Jahren anhaltende Muster der Terminverschiebung zeugt von einer bewussten Strategie, nicht von einem Fehlschlag der Prophezeiung. Die Behauptungen sind Propaganda; es besteht stets eine «existenzielle Bedrohung». Noch wichtiger ist Netanjahus falsche Behauptung, Verhandlungen mit dem Iran seien sinnlos.

Der Iran hat wiederholt erklärt, dass er keine Atomwaffen wolle und seit langem zu Verhandlungen bereit sei. Im Oktober 2003 erliess der Oberste Führer Ayatollah Ali Khamenei eine Fatwa, die die Produktion und den Einsatz von Atomwaffen verbot. Dieses Urteil wurde später von Iran bei einem IAEA-Treffen in Wien im August 2005 offiziell zitiert und gilt seitdem als religiöses und rechtliches Hindernis für den Erwerb von Atomwaffen.



Ali Khamenei, oberster Führer des Iran – Bild KI-generiert mit Grok

Selbst diejenigen, die den iranischen Absichten skeptisch gegenüberstehen, haben sich stets für ein Verhandlungsabkommen mit unabhängiger internationaler Überprüfung ausgesprochen. Die zionistische Lobby lehnt dagegen jegliche derartigen Vereinbarungen ab und drängt die USA, die Sanktionen aufrechtzuerhalten und Abkommen abzulehnen, die eine strenge Überwachung durch die IAEA im Austausch gegen die Aufhebung der Sanktionen ermöglichen würden.

2016 einigte sich die Obama-Regierung gemeinsam mit Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, China und Russland auf den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) mit dem Iran – ein wegweisendes Abkommen zur strengen Überwachung des iranischen Atomprogramms im Austausch gegen Sanktionserleichterungen. Unter dem unerbittlichen Druck Netanjahus und der zionistischen Lobby zog sich Präsident Trump jedoch 2018 aus dem Abkommen zurück. Wie vorherzusehen war, wurde dem Iran, als er mit der Ausweitung seiner Urananreicherung reagierte, vorgeworfen, gegen ein Abkommen verstossen zu haben, das die USA selbst aufgekündigt hatten. Die Doppelmoral und die Propaganda sind unübersehbar.

Am 11. April 2021 griff der israelische Mossad die iranischen Atomanlagen in Natanz an. Nach dem Angriff kündigte der Iran am 16. April an, seine Urananreicherung als Verhandlungsmasse weiter zu erhöhen, und plädierte wiederholt für neue Verhandlungen über ein Abkommen wie den JCPOA. Die Biden-Regierung lehnte alle derartigen Verhandlungen ab.

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit stimmte Trump neuen Verhandlungen mit dem Iran zu. Der Iran verpflichtete sich zum Atomwaffenverzicht und zur Unterwerfung unter die IAEA-Inspektionen, behielt sich aber das Recht vor, Uran für zivile Zwecke anzureichern. Die Trump-Regierung schien diesem Punkt zuzustimmen, nahm dann aber ihre Entscheidung zurück. Seitdem gab es fünf Verhandlungsrunden, und beide Seiten meldeten jeweils Fortschritte.

Die sechste Runde sollte angeblich am Sonntag, dem 15. Juni, stattfinden. Stattdessen begann Israel am 12. Juni einen Präventivkrieg gegen den Iran. Trump bestätigte, dass die USA bereits im Voraus von dem Angriff wussten, obwohl die Regierung bereits öffentlich von bevorstehenden Verhandlungen sprach.

Israels Angriff erfolgte nicht nur inmitten voranschreitender Verhandlungen, sondern auch wenige Tage vor einer geplanten UN-Palästina-Konferenz, die die Zweistaatenlösung hätte voranbringen sollen. Diese Konferenz wurde nun verschoben.

Israels Angriff auf den Iran droht nun zu einem umfassenden Krieg zu eskalieren, der die USA und Europa auf die Seite Israels, Russland und möglicherweise auch Pakistan auf die Seite des Irans ziehen würde. Schon bald könnten mehrere Atommächte gegeneinander antreten und die Welt der nuklearen Vernichtung näherbringen. Die Weltuntergangsuhr zeigt 89 Sekunden vor Mitternacht – so kurz vor dem nuklearen Armageddon wie nie zuvor seit ihrer Einführung 1947.



Benjamin Netanjahu – Bild KI-generiert mit Grok

In den letzten 30 Jahren haben Netanjahu und seine US-Anhänger einen 4000 Kilometer langen Streifen von Ländern zerstört oder destabilisiert, der sich über Nordafrika, das Horn von Afrika, das östliche Mittelmeer und Westasien erstreckt. Ihr Ziel war es, einen palästinensischen Staat zu verhindern, indem sie Regierungen stürzten, die die palästinensische Sache unterstützen. Die Welt hat Besseres verdient als diesen Extremismus. Mehr als 180 UN-Länder haben eine Zweistaatenlösung und regionale Stabilität gefordert. Das ist sinnvoller, als dass Israel mit seinen illegalen und extremistischen Zielen die Welt an den Rand eines nuklearen Armageddon bringt.

Quelle: <https://qpress.de/2025/06/20/teufel-oder-beelzebub/>

Alles, was du nicht verstehst ... Anything you don't understand ...

"Anything you don't understand, you attribute to God. God for you is where you sweep away all the mysteries of the world, all the challenges to our intelligence. You simply turn your mind off and say God did it."



«Alles, was du nicht verstehst, schreibst du Gott zu. Gott ist für dich der Ort, an dem du alle Rätsel der Welt, alle Herausforderungen an unsere Intelligenz, beiseite fegst. Du schaltest einfach deinen Verstand aus und sagst, Gott hat es getan.» Carl Sagan

Quelle: <https://x.com/Saganismm>



Das Ende der Souveränität durch Unterwerfung unter EU

Brüssel diktiert, Bundesbern kapituliert und das Schweizervolk soll schweigen und zahlen.
Uncut-news.ch, 4. Juli 2025

Bundesrat Cassis hat das anstehende Abkommen mit der EU mit einer krassen Lüge eingeleitet: Es sei «Ein Handelsabkommen, nicht mehr und nicht weniger» (Tagesanzeiger 13.6.2025). Und – es stärke die Unabhängigkeit der Schweiz. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Eine erste Lektüre:

Die **«dynamische Übernahme» des EU-Rechts** ist festgeschrieben, und erstmals sogar werden EU-Rechtssetzungen direkt in das Schweizer Recht geschrieben, ohne den bisherigen, ausdrücklichen Nachvollzug, von Fall zu Fall. Das heisst, alles bisherige Binnenmarktrecht und grosse Teile des Arbeits- und Sozialrechts müssen übernommen werden, insbesondere alle betreffenden bisherigen Entscheide des EU-Gerichtshofs, als sei man schon immer Mitglied gewesen, sowie alles **künftige diesbezügliche Recht**, ohne dass man weiss, was es sein wird.

Es gibt keinen «Handelsvertrag» der solche einseitige Rechtsübernahme des Handelspartners vorsieht.

Das letzte Wort hat in der Interpretation und im «Schiedsgericht» immer der Europäische Gerichtshof. Dieser treibt seit 60 Jahren alle Fälle dem «immer grösseren Zusammenschluss» zu. Jeden Monat klagt die EU-Kommission viele Mitgliedstaaten wegen grösserer oder bagatellartiger «Verletzungen» beim EuGH ein, allein diesen Juni elf Staaten. Die Schweiz hätte dies ebenfalls häufig zu erwarten.

Die **Verträge hängen als Paket zusammen**: Werden die Schweiz und die EU bezüglich eines Abkommens nicht einig, und fügt sich die Schweiz dem EuGH nicht, kann die EU Sanktionen aus allen anderen Abkommen ergreifen.

Obwohl die Schweiz der EU schon heute mehr abkauft als diese uns, muss sie ab sofort bis 2029 jährlich einen Tribut von 130 Millionen Franken, ab 2030 bis 2036 jährlich 350 Millionen Franken zahlen, also total 3.1 Milliarden Franken. Dazu kommen jährlich über eine halbe Milliarde Franken für EU-Programme wie Horizon.

Es gibt keinen «Handelsvertrag» der solche Zahlungen vorsieht.

Die Schweiz muss sich verpflichten, alle Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsgericht und damit dem EuGH vorzulegen – damit **zwingt die EU die Schweiz zu einem Teilaustritt aus der Welthandelsorganisation** und ihrer neutralen Streitschlichtung.

Die Einwanderungsrechte werden deutlich ausgedehnt: Nach 5 Jahren Anwesenheit gilt ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht (sogar für Arbeitslose, und während 6 Monaten Sozialhilfebezug). Dann aber haben Kinder, Enkel, Eltern, Grosseltern dieses Einwanderers volles Nachzugsrecht, sogar Onkel und Cousins, wenn der Einwanderer für sie aufkommt (wie es mit diesen nach Jahren aussieht, wagt man nicht zu denken). Konkubinatspartner können ebenfalls kommen. Sowie spiegelbildlich alle diese Verwandten des Ehepartners. Ein EU-Bürgerrecht für diese Nachgezogenen ist unnötig (also ganz Nordafrika, Türkei, Syrien etc.). Ebenso Ältere, die sich dann hier vorzeitig pensionieren lassen. Kritiker sprechen von offenen Türen für Grossfamilien und letztlich auch für Sozialhilfebezüger. Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative verbietet Art. 121a der Verfassung, solche Verträge abzuschliessen. Das juristische Gewissen des Bundesrates meldet sich nicht. Diese drastisch erweiterten Zuzugsrechte entsprechen grösstenteils der EU-Unionsbürgerrichtlinie (heute und dynamisch in alle Zukunft).

Und materiell gesehen: Nur schon die Richtlinien (Gesetze) der EU seit etwa 5 Jahren zwingen die Firmen in Korsette jährlicher Berichterstattung (1144 Punkte in der Nachhaltigkeits-RL), der Nachverfolgung be-

züglich Arbeitsbedingungen, Rohstoffen, Umwelt in den Lieferketten, der Pflicht der Firmen, alles zur Reparatur zurückzunehmen; in der Digital-RL wird engste Überwachung, allenfalls inhaltliche Aufsicht eintreten, etc. Alles ist äusserst bürokratielastig – auch in den Firmen selbst, um zu antworten. Kleine Firmen als Zulieferer entgehen dem nicht, trotz Grössenschwellen, denn die einkaufenden Grossfirmen werden zur Sicherheit alle diese Berichtspunkte bis ins Gewerbe durchsetzen. Sodann gibt Mario Draghi in seinem kürzlichen Rapport selbst zu, dass die EU-Bürokratie würgt und kostet. Das zwangsweise angeheftete Flaschendeckelchen ist der i-Punkt auf all dem.

Alle diese schikanösen Richtlinien tragen im Titel schon **«von Bedeutung für den EWR»** – also verpflichtend dann auch für die Schweiz, wenn nicht gar der ganze Wust aller bestehenden Rechtssätze der EU und Gerichtsentscheide pauschal zu übernehmen ist.

Es ist ein Unterwerfungsvertrag, wie es kein «Handelsvertrag» der Welt oder der Geschichte vorsah. Die Schweiz gibt nach 730 Jahren Eigenleben die Souveränität ab. Das Gerangel um kleinliche Vorteile fällt demgegenüber ins Leere.

PS zur sogenannten «Schwierigkeit, die Texte zu lesen»: diese obigen Punkte sind nicht in den 2000 Seiten Text verborgen, sondern in jedem Teilabkommen als «Institutionelles Protokoll» eingesetzt, insbesondere in dessen Art. 5.

Man kommt hier dazu:

- europa.eda.admin.ch
- **Bundesrat heisst Abkommen mit EU gut und eröffnet die Vernehmlassung**
- **dort stehen alle sektoralen Abkommen aufgeführt, und in den ersten vier findet sich jeweils das «Institutionelle Protokoll» mit seinem Art. 5**



Beat Kappeler

Ökonom, Publizist, Autor, Dr. h.c. der Universität Basel
<https://www.beatkappeler.info/>

Deshalb NEIN zum geplanten EU- Unterwerfungsvertrag. NEIN zu Gessler 2.0!

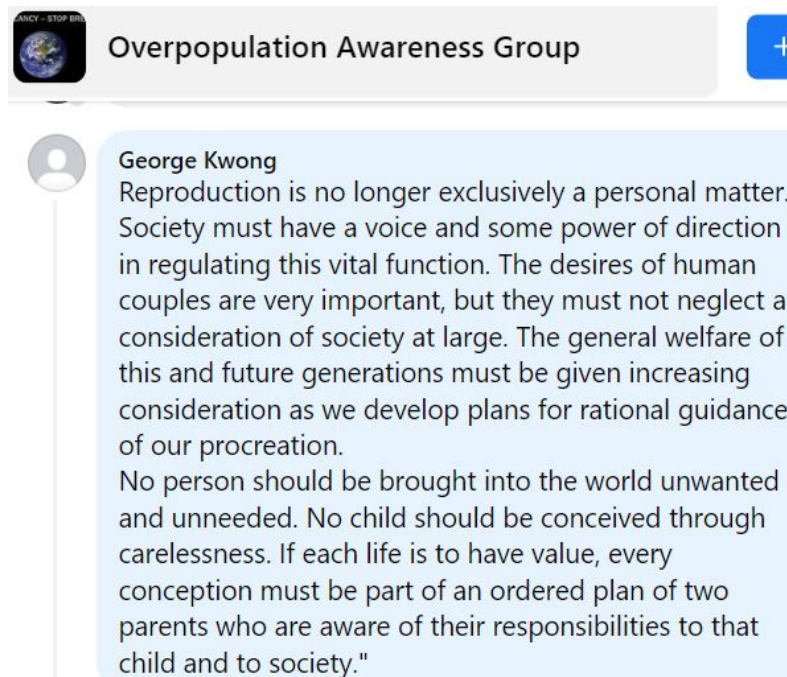
Wir wollen nicht: GEHORCHEN, ERDULDEN, BEZAHLEN UND SCHWEIGEN.

Quelle: <https://proschweiz.ch/das-ende-der-souveraenitaet-durch-unterwerfung-unter-eu-0407/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong



Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören

nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

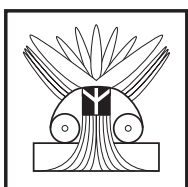


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachs-

tum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

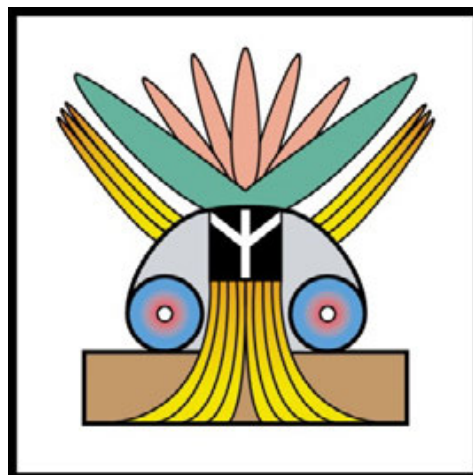
Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.




Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MMP
PAIX
PAZ**



**EIPHNH
VREDE
平和
שָׁלוֹם
शांति
سلام
صلح**

FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm = CHF 3.–
250x250 mm = CHF 6.–
300x300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrütli, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.

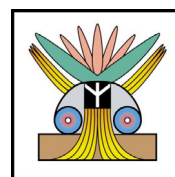
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz